

# Avant

Zeitung des RSB/IV. Internationale

## KEIN BLUT



## FÜR ÖL

**Außerdem:** Krieg & SPD-Grüne • Bündnis für Arbeit • Rechtsruck bei Attac • Aktionsbündnis Hartz • Tarifausstieg Berlin • Tarifrunde ÖD • EU contra USA? • Fragen und Antworten zum Irak-Krieg • Konzerne: Mord & Atomschlag • Brasilien • Fiat Italien • Nachruf Wang Fanxi • Demos München und Berlin

# INHALT

## ● Innen

Bündnis für Arbeit.....4

Rechtsruck bei Attac.....5

Aktionsbündnis Hartz.....6

## ● Betrieb & Gewerkschaft

Tarifausstieg Berlin.....7

Tarifrunde ÖD.....8  
- 9

## ● Schwerpunkt Irak-Krieg

EU contra USA?.....10

5  
Regierungslügen.....11

Fragen & Antworten zum Krieg..... 12-13

Konzerne: Mord & Atomschlag.....14-15

Demos München & Berlin.....24

## ● International

Brasilien.....16-17

Fiat Italien.....18-19

Nachruf: Wang Panxi.....20-21

## ● Aus dem RSB

Die **Avanti** Seminar: Eine bessere Welt.....23

über das zentrale RSB-Büro:  
RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim

oder e-Mail: [avanti@rsb4.de](mailto:avanti@rsb4.de)  
[buero@rsb4.de](mailto:buero@rsb4.de)

Jahresabo (mind. 11 Ausgaben)

25 Euro

Halbjahresabo 13 Euro

Förderabo mind. 40 Euro

Probeabo (3 Ausgaben) 5 Euro

Den Betrag bitte auf das

Konto 634816106 auf der Postbank  
Berlin, BLZ 100 100 10 überweisen.

**IMPRESSUM:** *Avanti* – Zeitung des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) – erscheint monatlich (mindestens 11 mal pro Jahr). V.i.S.d.P.: Peter H. Kreitz; Redaktion: Daniel Berger, Trixi Blixer, Heiko Freund, joe hill, Peter H. Kreitz, E. Lorenz, Albert C. Rosner; mitbegründet von Hans-Jürgen Schulz; Kontakt und Abonnement: RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der HerausgeberInnen wieder. EinsenderInnen von Manuskripten und Briefen erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden.

**EIGENTUMSVORBEHALT:** Die Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe Leserinnen und Leser,  
wir müssen uns für ein großes Missgeschick bei der letzten Nummer entschuldigen. Wie üblich haben wir auch beim Januarheft zunächst alle Artikel gelayoutet. Nach der Einarbeitung aller Korrekturen und der optischen Verbesserung des Layouts haben wir die falsche – nicht korrigierte – Datei zum Drucker geschickt.

Somit war die gedruckte Ausgabe nicht wirklich „fertig“, stellenweise etwas schwerer zu lesen (die Fußnoten in zu kleinem Schriftgrad usw.) Wer die „fertige“ Ausgabe anschauen will, gehe auf unsere Homepage. Wir denken aber, dass ihr auch so die Zeitung lesen konntet und dass sie mit dazu beigetragen hat, die Mobilisierungen gegen den Krieg zu unterstützen.

Eure Redaktion

## SPENDENAUFTRUF

Liebe Leserin, lieber Leser der *Avanti*,  
auch revolutionäre Politik kostet Geld, deshalb spendet für die *Avanti* sowie für die Politikansätze, die wir entwickeln wollen. Wir brauchen dringend Eure Unterstützung. Bitte spendet auf folgendes Konto:

**Sonderkonto „Avanti“, Postbank Berlin 634 816 106, BLZ 100 100 10**

## KONTAKTE

**RSB-Büro: Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim;**  
**Telefon und Fax: 0621/1564046; E-Mail: [buero@rsb4.de](mailto:buero@rsb4.de), Internet:**  
**[www.rsb4.de](http://www.rsb4.de)**

(„Links“ zu Organisationen der IV. Internationale auf der RSB-Homepage)

**RSB Aachen:** über RSB Köln; **RSB Berlin:** Postfach 170116, 10203 Berlin; **RSB Dithmarschen:** Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum; **RSB Duisburg:** über RSB Oberhausen; **RSB Essen:** PLK 067310, 45468 Mülheim/Ruhr; **RSB Flensburg:** über RSB Hamburg; **RSB Frankfurt/M.:** über RSB Wiesbaden; **RSB Hagen:** über RSB Essen; **RSB Halle:** über RSB Berlin; **RSB Hamburg:** c/o Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg; **RSB Karlsruhe:** c/o Sozialistische Linke, Gewerbehof/Steinstr. 23, 67133 Karlsruhe; **RSB Köln:** c/o Verlag Neuer Kurs, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln; **RSB Mannheim/Ludwigshafen/Weinheim/Heidelberg:** RSB Rhein-Neckar, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; **RSB Mainz:** c/o Michael Weis, Karl-Trau-Strasse 18, 55130 Mainz; **RSB Marburg:** c/o Infoladen Metzgergasse 1b, 35037 Marburg; **RSB München:** c/o „Linke Projekte“, Gravelotestraße 6, 81667 München; **RSB Neukirchen-Vluyn:** über RSB Oberhausen; **RSB Oberhausen:** c/o A. Walther, Elsa-Brändström-Strasse 66, 46045 Oberhausen; **RSB Oldenburg (Nds.):** über RSB Hamburg; **RSB Potsdam:** Lindenstr. 47, 14467 Potsdam; **RSB Simbach am Inn:** über RSB München; **RSB Stuttgart:** c/o O. Jaiser, Nellinger Str. 17, 70619 Stuttgart; **RSB Tübingen:** über RSB Stuttgart; **RSB Trier:**

## WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLËN

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

## SPD & GRÜNE

# Die heuchlerische Nachhut des imperialistischen Krieges!

**Der US-Angriff auf den Irak steht unmittelbar bevor oder hat bei Erscheinen dieser Ausgabe der *Avanti* bereits begonnen. Alle Furien der Hölle werden auf die Menschen des Irak losgelassen, während uns von Seiten der AngreiferInnen wieder einmal die Lügen des "sauberen Krieges" präsentiert werden.**

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der alltäglichen kapitalistischen Ausbeutung folgt der imperialistische Krieg. Der Krieg demaskiert Politik und Diplomatie und duldet keine Halbheiten. Doch es gibt auch die heuchlerische Seite des Krieges. Bundeskanzler Schröder und sein Außenminister Fischer bleiben bei ihrem "Nein" zum Alleingang der USA und Britannien und spielen den Friedensengel pünktlich zum Antritt des Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat. Währenddessen weisen deutsche AWACS-Mitglieder US-Kampfflugzeugen das Ziel für ihre tödliche Fracht, nutzt die US-Armee das deutsche Hoheitsgebiet als logistische Drehscheibe für ihren Nachschub, sichern deutsche Fuchspanzer in Kuwait die Flanke der Amerikaner und Briten vor angeblichen ABC-Attacken und zweieinhalbtausend Bundeswehrsoldaten decken die Niederlassungen der US-Army im Bundesgebiet.

### PAZIFISTISCHE POSSE IN DER ZWEITEN LINIE

Wir schrieben im November: "Die pazifistische Posse Kanzler Schröders, der sich zurecht rühmt, das Tabu des Militärischen in der deutschen Politik gebrochen zu haben, folgt ökonomischen Interessen. Käme es zur Installation einer von den USA kontrollierten Regierung, so wären deutsche Konzerne vom Nachkriegsgeschäft ausgeschlossen. Käme es gar zu einer Demokratisierung, so würde ein kurdischer Wirtschaftsminister Aufträge nicht unbedingt an jene Konzerne vergeben, die den Irak durch Lieferungen erst zum Giftgasmassaker von Halabja befähigt haben, bei dem 1988 mehr als 5.000 Menschen starben." Nun da der Krieg nicht mehr aufzuhalten ist, bezieht die Bundesregierung mit der genannten indirekten Kriegsunterstützung die zweite Linie des Schützengrabens, um auch bei einer pro-amerikanischen Nachkriegsordnung des Irak nicht gänzlich vor der Tür zu stehen.



Berlin hat sich mit der Anbindung an Paris Rückendeckung verschafft. Frankreich und Deutschland sind als Hauptwaffenlieferanten des Irak nach der Sowjetunion bzw. Rußland maßgeblich mitverantwortlich für zwei irakische Angriffskriege und den Tod von mindestens einer halben Million tatsächlichen und vermeintlichen Oppositionellen. Und in den elf Jahren seit dem zweiten Golfkrieg hat es keine bedeutende Figur der europäischen Politik für nötig gehalten, mit der irakischen Opposition, die allein eine Demokratisierung erkämpfen kann, auch nur zu verhandeln.

### POKER ZWISCHEN WESTLICHEN STAATEN

Seit dem Suez-Konflikt 1956 wurde in Konflikten zwischen westlichen Staaten nicht mehr so hoch gepokert wie derzeit im Irak-Konflikt. In dieser Auseinandersetzung vertreten die deutsche und französische Regierung weder die Seite der Moral noch haben sie einen Vasallenstatus gegenüber den USA. Die Kernstaaten der machtbewussten EU, die ihr Territorium ebenso wie ihren Einflussbereich konsequent erweitert und sich für künftige eigene Kriege rüstet, tragen ihren

ersten ernsthaften Konkurrenzkampf mit den USA aus. Ziel ist nach dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, die Schaffung einer "Supermacht auf dem europäischen Kontinent, die den USA auf gleicher Ebene gegenübersteht".

### REVOLUTION - ALS ALTERNATIVE ZUM KRIEG

Eine Antikriegsbewegung, die nicht zum Erfüllungsgehilfen deutscher und europäischer Kapitalinteressen werden will, darf deshalb keinen falschen Frieden mit der Bundesregierung schließen. Das erfordert auch die Solidarität mit den Menschen im Irak. Denn nicht Rehabilitation des Regimes, sondern Revolution ist die Alternative zum Krieg. Im März 1991 wurden binnen zwei Wochen nach dem Ende des Krieges 14 von 18 irakischen Provinzen durch einen Aufstand befreit. Die linken Kräfte, so Raid Fahmi, Führungsmitglied der Irakischen Kommunistischen Partei (ICP), müssen auch diesmal versuchen, "die Situation zu nutzen, um einen Regimewechsel herbeizuführen(...)" Es gilt vor allem, auf die Fähigkeiten der irakischen Bevölkerung zur Revolte zu setzen."

**Solidarität mit der irakischen Bevölkerung!**

**Sofortige Aufhebung aller nicht-militärischen Sanktionen gegen den Irak!**

**Deutsche Militäreinheiten aus dem Aufmarschgebiet zurückholen!**

**Aufhebung des "Bündnisfalls"! Sperrung jeglicher Infrastruktur für den Angriff der US-Truppen! Stoppt den imperialistischen Krieg!**

**Kein Blut für Öl!**

# Bündnis für Arbeit: Erfolgreich für das Kapital

Zur Weiterführung des “Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit” könnte Clements “Reform” des Kündigungsschutzes beim Kapital die Türen öffnen.

Clement schlägt vor, dass der Kündigungsschutz in Kleinbetrieben nicht wie bisher ab sechs Beschäftigte gilt, sondern für einen von sechs, zwei von sieben,... Hinter den Kulissen werden bereits Kompromisslinien mit der Gewerkschaftsbürokratie gesucht, die nur schlechter sein können als die bisherige gesetzliche Regelung. Clements Vorstoß fand die ungeteilte Zustimmung der Kapitalverbände. Die Lockerung des Kündigungsschutzes als Bonbon könnte ihnen eine neue Runde des “Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit” versüßen.

## DIE STRUKTUREN DES “BÜNDNIS”

Dabei kann sich die bisherige Bilanz des “Bündnis” für das Kapital sehen lassen. Seine arbeitenden Strukturen beschäftigen sich mit der ganzen Bandbreite der Sozialpolitik. Arbeitsgruppen bestehen zu Steuerpolitik, Lebens- und Wochenarbeitszeit, Rentenreform und Arbeitslosenversicherung, Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, Arbeitszeitpolitik, Aufbau Ost, Entlassungen und Abfindungen, Fach- und Themendialog Arbeit & Umwelt und Aus- und Weiterbildung.

Die einzelnen Arbeitsgruppen haben wiederum Untergruppen. So ist etwa die AG “Arbeit und Umwelt” in die Unter-AGs “CO<sub>2</sub>-Minderung im Gebäudebestand”, “Technologietransfer, Innovationen, regenerative Energien” und “Entwicklung ländlicher Räume, nachhaltiger Tourismus” gegliedert. Darüber schwebt eine “Steuergruppe”, der wiederum eine Benchmarking-Gruppe zuarbeitet. Diese vergleicht z.B. die Renten“reformen” in allen Staaten und soll deren “Erfolgsrezepte” auf die BRD übertragen.

## ERGEBNISSE

Was inhaltlich aus dieser Bündnisarbeit herauskommt, zeigten z.B. die Ergebnisse der Benchmarking-Gruppe zur “Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik”



Anfang 2001. “Stärkung der Eigeninitiative der Arbeitssuchenden, Weg von einer reinen Versorgung der Arbeitslosen, Fordern statt Fördern, Transfergesellschaften, gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung, Arbeitsvermittlung durch Zeitarbeit” hießen die Schlagworte. Die dazugehörigen Rezepte fanden ihren Eingang in die Hartz-Gesetzgebung.

## DAS LOHN- UND AUSBILDUNGSRITUAL

Zwar verlangen die Kapitalverbände regelmäßig vor dem Start einer neuen Runde des “Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit” die Einbeziehung der Lohnfrage, wogegen sich die Gewerkschaften dann – zumindest nach außen hin – lautstark wehren. Ebenfalls wiederholt sich vor jeder neuen Bündnissitzung das Ritual der “Zugeständnisse” des Kapitals in der beruflichen Bildung. Dort werden dann neue Ausbildungsplätze *versprochen* und die Gewerkschaften können dies ihren Mitgliedern als Erfolg verkaufen.

Aber auch ohne die Behandlung des Lohnes hat das “Bündnis” in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte im Sinne des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft gemacht. Die Sachgebiete der verschiedenen Arbeitsgruppen zeigen, wo die “Stärken” des “Bündnisses” liegen: “Reform” der Steuerpolitik, Renten“reform”, “Reform” der Arbeitslosenversicherung und gewisse gemeinsame Zielsetzungen bei der angestrebten

“Reform” der gesetzlichen Krankenversicherung. Diese Bilanz kann sich für das Kapital sehen lassen.

Aber auch in der Lohnfrage gibt es einen nicht unwichtigen “Erfolg” zu vermelden: Das Gesamtergebnis der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst von unter 1% Lohnerhöhung umgerechnet auf 1 Jahr stärkte die Regierung SPD-Grüne – im Vergleich etwa mit dem letzten Abschluss in der Metallindustrie. Ein ähnlicher Abschluss bei Metall hätte die staatlichen “ArbeitgeberInnen” und ihr zentrales Projekt der Klassenzusammenarbeit in eine schwierige Lage gebracht

## KLASSENMECHANISMUS

Nun wäre ja eigentlich nichts dagegen zu sagen, dass sich die Gewerkschaften mit allen möglichen politischen Fragen auseinandersetzen und – unabhängig – Position beziehen. In den Strukturen des “Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit” können sich gewerkschaftliche Positionen aber von vorneherein nicht durchsetzen. Schließlich sind in seinen Arbeitsstrukturen der kapitalistische Staat, die KapitaleignerInnen und die Gewerkschaften mit ihrem Personal zu je einem Drittel paritätisch vertreten.

Vielmehr werden durch die Zusammenarbeit im “Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit” die gewerkschaftlichen Forderungen abgeschliffen. Vor allem aber wird die Gewerkschaftsbürokratie – besonders die Spitze des DGB – systematisch und gezielt in das Projekt der Klassenzusammenarbeit eingebunden. Ragt die Gewerkschaftsbürokratie ohnehin aus der ArbeiterInnenklasse heraus und ist dem Druck des Kapitals und seines Staates ausgesetzt, so ist das “Bündnis” der Punkt, wo sich der Druck der herrschenden Klasse auf die Gewerkschaftsbürokratie umsetzt. Deshalb kann es in Bezug auf das “Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit” nur eine Forderung für konsequente und klassenkämpferische GewerkschafterInnen geben: “Raus!”

# Rechtsruck der Attac-Koordination

**Auf dem attac-Ratschlag, der zwischen dem 17. und 19. Januar 2003 in Göttingen stattfand, wurde kontrovers über das attac-DGB-Venro Papier diskutiert.**

Am 20. Dezember 2002 präsentierten attac, der DGB und Venro – die Dachorganisation entwicklungspolitischer Gruppen – der Presse eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel "Globalisierung gerecht gestalten". Sie besteht im wesentlichen in sehr gemäßigten Forderungen an die Bundesregierung, sich doch für eine etwas weniger stark neoliberal geprägte Globalisierung einzusetzen. So wird z.B. das WTO Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) grundsätzlich akzeptiert, nur sollen bestimmte Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Umwelt und Wasser hiervon ausgenommen werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass gegen die Liberalisierung anderer Dienstleistungen wie Transportwesen, Telekommunikation und Kultur nichts weiter eingewendet wird.

Zudem lehnen die drei Organisationen ein internationales Investitionsschutzabkommen nicht mehr grundsätzlich ab, nur sollen gewisse Umwelt- und Sozialnormen in einem solchen Abkommen verankert werden. Dagegen forderte ein Positionspapier der WTO AG von attac, dass alle Liberalisierungsverhandlungen im Rahmen der WTO gestoppt werden.

## BREITE ABLEHNUNG

So ist es kein Wunder, dass dieses Papier von vielen attac-Mitgliedern und Ortsgruppen abgelehnt und als ein eindeutiger Rechtsruck des Koordinierungskreises (Ko-Kreises), des obersten Führungsgremiums von attac interpretiert wurde. Zu gut sind Strategien von vormaligen "linken" PolitikerInnen in Erinnerung, die in der Presse immer neue "Tabubrüche" verkünden und damit zuletzt zu einer weiteren Rechtsverschiebung ihrer Parteien oder Organisationen führten. Dies geschah beispielsweise während der 80er und 90er Jahre bei den Grünen.

Ein Antrag von attac-Köln forderte, dass attac seine Unterschrift unter das Papier zurückzieht und dies auch öffentlich macht. Falls der Ko-Kreis damit nicht einverstanden ist, soll er zurücktreten. Claus Ludwig von attac Köln begründete

diese Forderung damit, dass dieses Papier nicht den gesamten Konsens von attac widerspiegelt und letztendlich aussage: "Eine andere Welt ist doch nicht möglich. Sie ist auch gar nicht nötig, es reicht, wenn wir den Kapitalismus etwas netter schminken."

## UNDEMOKRATISCH

Andere RednerInnen kritisierten, dass das Papier undemokratisch zustande gekommen sei, weil es nur innerhalb des Ko-Kreises diskutiert wurde und es keinem anderen Gremium bekannt gemacht wurde – auch nicht dem nur zwei Tage später tagenden attac-Rat. Das Argument des Ko-Kreises, man habe keine Zeit hierfür gehabt, ist auch nicht besonders glaubwürdig, weil herauskam, dass schon seit dem letzten Sommer intern mit dem DGB über das Papier diskutiert wurde. Diese Geheimhaltung war möglich, weil zum Zeitpunkt des Ratschlags keine Protokolle der Ko-Kreissitzungen des letzten halben Jahres mehr veröffentlicht wurden, obwohl der Ko-Kreis hierzu verpflichtet war.

## WELCHE ZUSAMMENARBEIT MIT GEWERKSCHAFTEN?

Fast alle Mitglieder des Ko-Kreises verteidigten die gemeinsame Erklärung und ihr Zustandekommen. Zwar bezeichneten sie mehrheitlich den Inhalt des Papiers als unzureichend, aber es sei wichtig als "Türöffner" für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Denn der DGB sei eine extrem hierarchische Organisation, wo die einzelnen Mitglieder nichts ohne die Erlaubnis der Führung täten. Andere BefürworterInnen berichteten, das Papier habe jetzt schon die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erleichtert und damit den Kampf gegen weitere Privatisierungen etwa von Stadtwerken im Ruhrgebiet.

Dem hielten GegnerInnen des Papiers entgegen, dass es darauf ankomme, mit

der Gewerkschaftsbasis zusammenzuarbeiten und zwar dann, wenn sich Gemeinsamkeiten ergeben und es ein Fehler sei, die eigenen Positionen an diejenigen von potenziellen Bündnispartnern anzupassen.

## KOMPROMISS UND MISSBILLIGUNG

Obwohl die Erklärung bei einem Meinungsbild mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, fand der Antrag, die Unterschrift unter die Erklärung zurückzuziehen, keine Mehrheit. Hierfür stimmte nur ca. ein Fünftel der Anwesenden. Statt dessen wurde ein Kompromissantrag angenommen, der den attac-Konsens vom Mai 2002 bekräftigt und erklärt, dass in attac sowohl Positionen wie "Globalisierung gerecht gestalten" vertreten sind, als auch solche, die die Globalisierung grundsätzlich ablehnen. Weiterhin heißt es: "Die vom Koordinierungskreis für Attac gemeinsam mit DGB und Venro verabschiedete Erklärung spiegelt diese Position in Teilen nicht wider. Der Ratschlag stellt mit großer Mehrheit fest, dass die Gemeinsame Erklärung aufgrund einiger inhaltlicher Festlegungen diesem Konsens von Frankfurt widerspricht."

Diese zusätzliche Erklärung soll ebenfalls der Presse bekannt gemacht werden und die gemeinsame Erklärung von attac-DGB-Venro soll nur noch zusammen mit dieser Zusatzklärung verwendet werden. Des weiteren missbilligte der Ratschlag das Verhalten des Ko-Kreises und fordert von ihm in Zukunft mehr Sensibilität und Rücksichtnahme auf unterschiedliche Positionen innerhalb von attac.

Einige Personen glaubten, dass es auf dem Göttinger Ratschlag zu einer Richtungsentscheidung von attac kommen werde. Attac müsse sich zwischen den Strategien sozialer Bewegungen oder NGO entscheiden. Der gefundene Kompromiss verhinderte dies jedoch zunächst.

Dennoch zeigte dieser Vorfall, dass innerhalb von attac sehr unterschiedliche Ansätze hinsichtlich der einzuschlagenden Strategie und des anzustrebenden



## KURZ & WICHTIG

### FRAUEN UND ABTREIBUNG

Obwohl in Indien seit 1996 die Feststellung des Geschlechts eines Kindes vor der Geburt verboten ist, ließ sich der Trend nicht stoppen. 2001 kamen auf 1000 geborene Jungen 927 Mädchen. 1991 waren es noch 945, 1981 sogar 962. Die Regierung nimmt an, dass 20 bis 40 Millionen weibliche Föten im Jahr 2001 abgetrieben bzw. Mädchen nach der Geburt getötet wurden. Das Bevölkerungswachstum liegt bei 1,7%; höher als im übrigen Asien, die HIV infizierten Erwachsenen machen 0,8% der Bevölkerung aus, fast doppelt so viel wie im übrigen Asien. Die Gesamtzahl der in Indien verkauften und kostenlos verteilten Kondome ist seit den neunziger Jahren unverändert.

FR 4.1.2003

### FRAUEN UND PROSTITUTION

Wie wir vermutet haben (*Avanti* März 2002), hat das Gesetz, das Prostitution zu einem sozialversicherungspflichtigen Job machen wollte, wenig Wirkung. Die Prostituierten arbeiten zum größten Teil weiterhin auf eigene Rechnung und meiden Steuern und Sozialbeiträge. Positiv bewertet wird, dass die Sittenwidrigkeit nicht mehr gilt, und dass deshalb Umfeld und rechtliche Situation sich für die Prostituierten verbessert haben.

TAZ 8.1.2003

### SCHULABBRECHERINNEN

Jede/r zwölfte Jugendliche deutscher Herkunft verlässt die Schule ohne Abschluss, bei den ausländischen Jugendlichen sind es 20%.

In Berlin macht ein Drittel der SchülerInnen mit deutscher Erstsprache Abitur, jede/r zehnte verlässt die Schule ohne Abschluss. Bei den SchülerInnen mit nichtdeutscher Herkunftssprache geht fast jede/r Dritte ohne Abschluss.

Schulabbrechen ist kein ethnisches, sondern ein soziales Problem. Den Kindern fehlt es an Unterstützung, weil es in den Herkunftsfamilien an Geld und eigener Bildung mangelt.

TAZ

## Hartz

# Aktionsbündnis ruft zu Protesttagen auf

**Am 11. Januar 2003 trafen sich in Frankfurt 26 VertreterInnen der regionalen Anti-Hartz-Bündnisse, Gruppen der Erwerbslosen- und SozialhilfeempfängerInnen sowie weiterer sozialer Bewegungen, um die notwendigen Proteste gegen die Umsetzung der Hartz-Vorschläge zu planen und bundesweit zu koordinieren.**

Das damit gegründete – informelle – bundesweite Anti-Hartz-Bündnis einigte sich auf folgenden Aktionsfahrplan:

### 29. JANUAR 2003: "TAG DER GEWERKSCHAFTEN"

Im Vorfeld der am 30. Januar beginnenden Verhandlungen über einen flächen-deckenden Tarifvertrag für die gesamte Zeitarbeitsbranche sollen die Gewerkschaften per Brief, Fax, e-mail und Protestaktionen vor den Gewerkschaftshäusern zum Rückzug der Unterstützung der Hartz-Gesetze und aus der Legitimierung der Niedriglöhne und des Lohndum-



pings per Tarifvertrag aufgefördert werden.

### 6. FEBRUAR 2003: "TAG DER ERWERBSLOSEN"

Am traditionellen "St. Florianstag" der Verkündung der Erwerbslosenzahlen soll vor und in Arbeitsämtern gegen die unzumutbare Behandlung erwerbsloser Menschen protestiert werden.

### 8. MÄRZ 2003: "TAG DER FRAUEN"

Alle regionale Gruppierungen werden aufgefordert, die Veranstaltungen zum

Internationalen Frauentag mit Beiträgen über die besondere Betroffenheit der Frauen durch die Hartz-Gesetze zu bereichern.

### 1. APRIL 2003: "TAG DER PSA"

Zur bundesweit flächendeckenden Einführung der Personal Service Agenturen soll gegen Zwang zur Leiharbeit, Lohndumping und Niedriglöhne protestiert werden.

### 1. JULI 2003: TAG DER "ZUSAMMENLEGUNG"

Als vorläufiger Höhepunkt der Proteste wurde der Tag gewählt, an dem voraussichtlich im Bundestag über die "Zusammenlegung" von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entschieden werden soll. Ob bis zu diesem Tag die Mobilisierung für eine zentrale Aktion in Berlin ausreicht, wird in der "Halbzeit", beim nächsten Aktionstreffen des bundesweiten Anti-Hartz-Bündnisses am 5. April entschieden.

Alle Beteiligten sind sich darüber im Klaren, dass der Kampf gegen den Sozialabbau auch nach dem Sommer weiter gehen muss. Diese Fortsetzung soll bei einer bundesweiten Aktionskonferenz nach dem 1. Juli beschlossen werden. Zunächst kommt es aber darauf an, die geplanten Aktionen bekannt zu machen und möglichst breit dafür zu mobilisieren.

WEITERE INFOS UNTER:  
Der virtuelle Treffpunkt der Gewerkschafts- und BetriebsInnen



LabourNet  
Germany

www.labournet.de

# Berliner SPD/PDS-Senat geflohen... vor dem Tarif

**Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst geben auch ein politisches Signal: Wie verhält sich die Regierung gegenüber den Arbeitenden?! Deshalb werden die Verhandlungen von der Privatwirtschaft genau beobachtet. Und Berlins UnternehmerInnen sind voller Lob für SPD und PDS!**

Bei der Tarifrunde im öffentlichen Dienst hat sich die Berliner Senatskoalition aus SPD und PDS selbst übertroffen. Wenige Tage, bevor der faule Kompromiss zwischen ver.di-Bürokratie und öffentlichen "Arbeitgebern" zustande kam, hat der Berliner Senat beschlossen, die Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) fristlos zu kündigen – um die bundesweit vereinbarten Tarifierhöhungen zu umgehen.



de versucht, die KollegInnen zu erpressen: Sie sollten bis 2006 auf jegliche Lohnerhöhung verzichten, zusätzlich Künzelungen, desdafür hat es eine Währungsabstufungsgarantie". Nachdem ver.di diese Zumutung fast einstimmig zurückgewiesen hat, fuhr der Senat harte Geschütze auf:

dazu gratuliert wird. Laut Umfrage der Berliner Zeitung sind Berlins Firmenchefs mit dem Senat überwiegend zufrieden. Sie haben allen Grund dazu.

## WIE WEITER?

Der Tarifabschluss gilt also nicht für die rund 100.000 Angestellten der Berliner Verwaltungen, Hochschulen, Kindertagesstätten usw. Wichtige Betriebe mit Kampftraditionen wie die Stadtreinigung (BSR) oder der Nahverkehr (BVG) sind allerdings weiterhin in der Tarifgemeinschaft. Somit ist sogar innerhalb Berlins der öffentliche Dienst gespalten worden. Der Senat versucht, in den jetzt stattfindenden Verhandlungen doch noch seine "Solidarpakt"-Zumutungen durchzusetzen. Ob die KollegInnen von BVG und BSR im Falle eines Streiks mitmachen dürfen – in Form eines Solidaritätsstreiks – ist juristisch umstritten. Doch juristische Zweifelsfälle entscheidet das reale Kräfteverhältnis. Der Tarifflicht muss geschlossener Widerstand entgegengesetzt werden. Wenn BSR und BVG mitstreiken, wird es sogar diesem reaktionären Senat schwer werden, dagegen vorzugehen.

Die Tarifflicht von SPD und PDS ist nur ein weiterer Schritt auf einem seit langem eingeschlagenen Weg: Konzerne und Regierung kündigen die sogenannte "Sozialpartnerschaft" auf. Sie tun das aus einer Position der Stärke heraus, um die ArbeiterInnenklasse weiter zu schwächen. Doch diese "Sozialpartnerschaft" war nie mehr als ein Stabilitätsfaktor im Interesse der Profite. Wenn die ArbeiterInnen auf alle Zumutungen eine gebührende Antwort geben, werden die Chefetagen und Parteiapparate sich zurücksehen nach den friedlichen alten Zeiten!

*Richard Lux*

## VERANTWORTLICHE WERDEN NICHT BELANGT...

Das Trommelfeuer um "leere Kassen", das die ganze Tarifrunde begleitet hat, war hier in Berlin besonders stark. Berlin ist mit 46 Mrd. €verschuldet und zahlte 2002 alleine an Zinsen über 6 Mio. €täglich (!) an die Banken. Aber weder die Banken, noch die Verantwortlichen für Misswirtschaft und Korruptionsskandale werden zur Kasse gebeten. So bekommt Klaus Landowsky, als ehemaliger Berliner CDU-Fraktionsvorsitzender im Zentrum des Bankenskandals, weiterhin Pensionszahlungen von 20.000 €im Monat. Genauso andere Ex-Manager der Bankgesellschaft Berlin.

Wenn Berlin "pleite" ist, so liegt es nicht an angeblich zu hohen Personalkosten oder Sozialausgaben, sondern an der hier betriebenen Politik im Interesse der Unternehmen. Dazu gehört eine Steuerpolitik von Bund und Ländern, die die Unternehmen in den letzten Jahren ständig entlastet hat, und eine Vetternwirtschaft, die Banken und Konzernen öffentliche Gelder in den Rachen schmeißt.

## ... KOLLEGINNEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST SOLLEN ES AUSBADEN.

Für PDS und SPD stand von Anfang an fest, dass die Beschäftigten für das Haushaltsloch bluten sollen. In sogenannten "Solidarpakt"-Gesprächen wur-

## ARBEITSZEITVERLÄNGERUNG IN ZEITEN DER ARBEITSLOSIGKEIT

Für LehrerInnen und BeamtInnen wurde die Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden erhöht, was für LehrerInnen je nach Schulart bis zu 4 Unterrichtsstunden pro Woche mehr bedeutet – das alles ohne einen Cent mehr. Damit haben PDS und SPD einen aktiven Beitrag zum weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit geleistet. Als nächstes kam jetzt der fristlose Ausstieg aus dem KAV, um den Bundes-Tarifabschluss noch unterbieten zu können.

## SPEERSPITZE IM KAMPF GEGEN DEN FLÄCHENTARIF

Die Aushöhlung oder gar Abschaffung des Flächentarifvertrags gehört seit Jahren zu den Forderungen von Konzernspitzen und Unternehmensvertretungen. Für ihre Offensive gegen Löhne und Arbeitsbedingungen wollen sie die Beschäftigten spalten. Der Berliner Senat hat sich jetzt zur Speerspitze bei der Umsetzung dieser Forderung gemacht. Kein Wunder, von welcher Seite ihm

**Museum Berlin Karlshorst  
Sonderausstellung bis 23. Februar 2003:**

**Mascha, Nina und Katjuscha – Frauen in der Roten Armee 1941-45  
Bilder, Dokumente und Texte zur besonderen Situation der Frauen der**

# TARIFRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST

## Ziel um 72,5% verfehlt!

Vor der Tarifrunde wurde vom Ver.di-Vorsitzenden Bsirske das Niederbügeln höherer Forderungen mit dem Willen begründet, "Abschied von Ritualen" zu nehmen und eine ergebnisnahe Forderung aufzustellen. Aber noch nie in der Geschichte der BRD wurde von einem *vorgebliehen* Ziel so weit abgewichen.

In den Debatten im Vorfeld waren zwar wiederholt Zweifel angemeldet worden, ob dieser riskante Kurs – nämlich nicht das Doppelte von dem zu fordern, was man eigentlich will – wirklich zum Erfolg führt. So sehr ist schließlich in der öffentlichen Meinung die "Notwendigkeit des Kompromisses" verankert. Aber das beschwörende Auftreten von Bsirske und anderen VorstandsvertreterInnen hat schließlich bei der Aufstellung der Forderung den Ausschlag gegeben: Nicht die "offiziell aufgestellte Forderung" ist ausschlaggebend, sondern auf das Ergebnis kommt es an. Bleibt mensch hart und erreicht – trotz konzertierter Medienkampagne und hartem Kurs der Bundesregierung – wirklich die 3 + X, dann ist zumindest der Abstand zu dem Einkommensniveau anderer Bereiche nicht größer geworden.

### WIDERSPRÜCHE

Gegen diese offizielle Linie hat der Vorstand, vor allem Bsirske, in mehrfacher Weise eklatant verstoßen:

- Der Abschluss erreicht noch nicht mal 20% der aufgestellten Forderung (vgl. Kasten). Er ist also ein Hohn auf alle vorangegangenen Diskussionen und steht im krassesten Gegensatz zu den lauthals proklamierten Absichtserklärungen.

- Der massiv vorgetragene Wunsch (und die vom Vorstand erklärte Absicht) nach Begrenzung der Laufzeit auf 12 Monate wurde schlicht ignoriert. Kein Mensch weiß heute wie sich z. B. die Inflationsrate während der 27-monatigen Laufzeit entwickeln wird, welche sonstigen Belastungen noch auf die Beschäftigten zukommen usw.

- Es wurden trotz Ermahnungen (und trotz anders lautender Erklärungen des Vorstands) gerade doch wieder Kompensationsgeschäfte abgeschlossen.

Der ganze Sinn und Zweck der Schlichtung und der anschließenden Marathonsitzungen kann so zusammengefasst werden: Zum einen ging es darum, ein Spektakel zu inszenieren und der Öffentlichkeit, vor allem den Beschäftig-



ten im Öffentlichen Dienst (speziell den Gewerkschaftsmitgliedern), große Gegensätze vorzugaukeln.

Hauptsächlich aber ging es offensichtlich darum, eine Formel für den Abschluss zu finden, die sich gegenüber den Beschäftigten "hoch"rechnen lässt und die auf jeden Fall kompliziert genug ist, damit nicht auf Anhieb die Erbärm-

lichkeit des Abschlusses erkennbar ist. Nach Einschätzung vieler KollegInnen im Öffentlichen Dienst scheint dies in weiten Bereichen einigermaßen gelungen zu sein. Die Medien haben hier jedenfalls hundertprozentig gespurt und mitgewirkt.

Schließlich und endlich hatten die Marathonsitzungen auch einen disziplinierenden Effekt. Einige Tarifkommissionsmitglieder kamen sich vor wie in einer Klausur zur Papstwahl: Ihr kommt hier erst raus (und damit wieder zu einem geregelten Tagesablauf), wenn ihr der Sache zugestimmt habt. Dennoch ist die hohe Zustimmungquote wenig erbaulich. Sie zeigt die Schwäche der Gewerkschaftslinken: Hätte sie in diesen Tagen die Tarifkommission mit Infos und Stellungnahmen versorgt, hätte nach dem Urteil eines Tarifkommissions-

### DAS TATSÄCHLICHE ERGEBNIS

Das magere Gesamtergebnis von deutlich unter 1% Lohnerhöhung umgerechnet auf 1 Jahr rechnet sich wie folgt:

25 Monate x 2,4% (=60 Punkte) + 13 x 1 (13 P.) + 9 x 1 (9P.). Dies ergibt über die Gesamtlaufzeit (27 Monate) eine nominelle Erhöhung von 3,03%. Hiervon die ebenfalls vereinbarte Halbierung der Lebensalterstufenerhöhung (wirksam für ein Jahr) abgezogen, ergibt durchschnittlich 2,48%. Werden die beiden Einmalzahlungen, die allerdings nicht in die Tabelle eingehen, mitgerechnet sind wir bei 2,57%. Werden diese dann auf 12 Monate umgerechnet sind es 1,1% (bei KollegInnen, die nicht von der Halbierung betroffen sind: 1,35%).

Hiervon ist der Effekt der ersatzlosen Streichung des Arbeitszeitverkürzungstages (AZV) abzuziehen, nämlich 0,45%, so dass wir für praktisch alle Beschäftigtengruppen auf eine durchschnittliche jährliche Lohn-/Gehaltserhöhung von unter einem Prozent kommen, nämlich zwischen 0,65 und maximal 0,9 Prozent. (Tabellenwirksam sind nur – je nach Beschäftigtengruppe – zwischen 0,55 und 0,8%).

Die Kommunen haben die Kosteneinsparung für den AZV offiziell nicht mitgerechnet und kommen auf eine "Mehrbelastung" von gerade mal 1,2%. Dies zeigt wie richtig unsere Rechnung und wie falsch die Rechnung der ver.di-Führung ist.

Unterschlagen dürfen wir den AZV nicht nur nicht aus Gründen der tatsächlich eingesparten Kosten und des Wegfalls eines freien Tages. Der AZV entspricht bei mindestens 3 Millionen Betroffenen immerhin einer Erhöhung der Arbeitslosenzahl von 13500. Wie konkret dies ist, hat der Oberbürgermeister von Nürnberg schon vorgerechnet. Er will wegen dieses Bestandteils des Tarifvertrages im nächsten Jahr 33 Stellen streichen!

mitgliedes die Sache anders laufen können.

**BEWERTUNG DER RUNDE**

Aufgrund des theatralisch erfolgreich inszenierten "Verhandlungsmarathons" und der auf den ersten Blick gelungenen Verkleisterung des miesen Ergebnisses, gab es keinen sofortigen flächendeckenden Aufschrei. Aber die Unzufriedenheit ist sehr groß, weil

a. auch ohne große Rechenkünste bei näherem Hinblicken und unter Beachtung der "Kompensationen" gut zu sehen ist, dass die angeblich angestrebten 3% weit verfehlt wurden;

b. weil vor allem das Streichen des Arbeitszeitverkürzungstages (AZV) sehr bitter aufstößt. Ein Tag, der bisher im Zeitbudget des KollegInnen fest eingeplant war, ist einfach ersatzlos gestrichen worden, trotz aller Ankündigungen, man werde einer Arbeitszeitverlängerung nicht zustimmen.

In Ostdeutschland ist die Zustimmung zu diesem Abschluss erkennbar höher, aber auch hier ist alles andere als Begeisterung ausgebrochen. Die Angleichung Ost erfolgt nur langsam: 2003 sind es 91%, nächstes Jahr 92,5% des Westniveaus. Erst 2005 wird verhandelt, wie bis 31. 12. 2007 die 100% erreicht werden. Für die "höheren Gehaltsklassen" (Vergütungsgruppen X bis Vb und Kr. I bis Kr. VIII) wird diese Angleichung erst bis 2009 abgeschlossen.

**BSIRSKÉ – EIN NEOLIBERALER**

Trotz aller schlechter Erfahrungen unter Bsirskes VorgängerInnen Wulf-Mathies und Mai war die Kampfbereitschaft während der Warnstreiks unverkennbar. Dies war wohl nicht unerheblich dem Ansporn durch die Streiks im letzten Jahr (Metallindustrie, Bau, Banken usw.) zu verdanken. Bsirske hat in den Wochen vor der ersten Verhandlungsrunde und noch während der Warnstreikphase nicht wenige KollegInnen beeindruckt. Sein Auftreten galt vielen als erfrischend, in jedem Fall tat er sehr kämpferisch.

Doch wenn Bsirske am 15. November in Stuttgart-Degerloch vor der Aufnahme der Verhandlungen vor den 500 DemonstrantInnen ausrief: "Die Drei ist ernst gemeint, darauf könnt Ihr euch verlassen! Das Signal ist angekommen, ihr macht uns den Rücken stark", dann hat er schlicht gelogen. Denn wirklich kämpfen bzw. tatsächlich die Interessen der Beschäftigten gegen die Politik der Regierenden durchsetzen wollte er gar nicht.



Dafür hat er viel zu viel Einsicht in die Notwendigkeiten neoliberaler Sparpolitik (vgl. dazu seine Zustimmung zur "Prozessvereinbarung" wie auch sein Interview im Spiegel vom 13.1.02.)

Auch die kampfblose Hinnahme des Ausscherens Berlins (speziell die außerordentliche Kündigung zwei Tage vor Abschluss) ist nicht entschuldbar. Allein schon deswegen hätten die Verhandlungen sofort abgebrochen werden müssen. Nebenbei: In Berlin hat der angeblich "rot-rote" Senat aus SPD und PDS schon einen Vorgeschmack auf die kommenden Verhandlungen gegeben: Die Berliner Polizei (Landesbeamte) müssen inzwischen 2 Stunden länger arbeiten, für das gleiche Geld versteht sich.

Entscheidend bei der Bewertung der Bsirske'schen Politik ist nicht die nackte Tatsache, dass er und der ver-di-Vorstand – zumindest angeblich – eine ergebnisnahe Forderung wollten und in der Bundes-

tarifkommission durchgesetzt haben. Entscheidend ist, was aus der offiziellen Forderung gemacht wurde. Im Ergebnis wird sich diese Politik als niederschmetternd herausstellen. Sie untergräbt die Glaubwürdigkeit und Attraktivität der Gewerkschaft. Der inzwischen berühmt gewordene Spruch eines Betriebsrates von Hartmann und Braun (Ffm) "Wozu brauchen wir dann noch eine Gewerkschaft? Verzichten können wir auch alleine!" gewinnt neue Bedeutung. Dass es zu Austritten kommen wird, liegt auf der Hand. Die Frage ist nur, wie viele es werden.

**SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE GEWERKSCHAFTSLINKE**

Die Gewerkschaftslinken wird dem erneut einsetzenden Prozess der Resignation nur dann gegensteuern können, wenn sie organisiert an folgende Aufgaben geht:

- Unmissverständlich die volle Wahrheit über den Abschluss vermitteln.
- Eine bundesweite Vernetzung aller kritischen Kräfte, die jetzt z. B. Protestresolutionen verabschiedet haben, in Gang setzen, um in Zukunft besser auf ein Austricksen der Tarifkommission und ähnliches reagieren zu können.
- Den Kampf aufnehmen für einen höheren Abschluss in Berlin und wo sonst

**RÜCKSTAND VERGRÖßERT SICH**

Selbst nach gewerkschaftsamtlichen Angaben beträgt die Einkommensdifferenz des Öffentlichen Dienstes gegenüber anderen Branchen heute schon 7%. Nach den Erhebungen des Tarifarchivs des WSI lagen seit 1991 nur in zwei Jahren die Erhöhungen im ÖD auf demselben Niveau wie in der Gesamtwirtschaft. Für den Zeitraum des jetzt vereinbarten Tarifabschlusses, dürften damit noch mal mindestens 4-5 Prozent dazukommen.

*C.L.*

**PROZESSVEREINBARUNG**

In der "Prozessvereinbarung" wurde beschlossen über folgende Punkte zu verhandeln (Auszug): Aufgaben- und Leistungsorientierung; Straffung, Vereinfachung und Transparenz; "Die Intention der Neugestaltung des Tarifrechts beinhaltet auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Wirtschaft..."

Diese Verhandlungen zur "Modernisierung" des Öffentlichen Dienstes bergen besondere Gefahren: Sie werden außerhalb der "regulären" Tarifrunde geführt, weitgehend abgeschirmt von der Öffentlichkeit. Die Mitglieder der Tarifkommission müssen also gedrängt werden, den Verhandlungsverlauf öffentlich zu machen. Protestieren sollten wir auch dagegen, dass wir z. B. zukünftig unser Geld erst am Ende des Monats erhalten, also dem Staat über mehrere Wochen zinslos Kredit geben. Keine weiteren Kompensationen! Schluss mit den Verhandlungen zur "Modernisierung" des Öffentlichen Dienstes!

*Ida Liethen*

noch Kommunen aus dem sogenannten "Arbeitgeberverband" austreten.

## NAZIS WOLLEN LINKE ABWERBEN!

Mehrmals in den letzten Wochen versuchten Nazis von der sog. freien Kameradschaft "Aktionsbüro Süd" in München Kontakt zu Linken zu bekommen. So tauchten sie im Dezember bei einer Veranstaltung der Gegenstandpunkt-Jugendgruppe über die Wehrmachtausstellung auf. Die OrganisatorInnen verwiesen sie jedoch nicht des Raumes, sondern diskutierten mit ihnen. Das ermutigte die braunen KameradInnen wohl dazu, gleich bei der nächsten Demo aufzutauchen – einer Antikriegskundgebung der attac-Hochschulgruppe. Sie hatten ein Transparent mit der Parole "Gegen den US-Imperialismus" dabei und auch hier wurden sie nicht von der Demo geworfen.

Im Januar fand der Kongress gegen die NATO-Sicherheitskonferenz statt. Das Bündnis war diesmal darauf vorbereitet, dass FaschistInnen auch hier wieder versuchen würden, mit Linken zu diskutieren. Und tatsächlich erschien eine Gruppe von ca. 15 Nazis vor dem DGB-Haus, einige Nazis hatten sich schon eingeschlichen und versuchten TeilnehmerInnen des Gegenkongresses anzusprechen. Doch weil damit gerechnet worden war und weil das Bündnis im Vorfeld geklärt hatte, dass mit Nazis grundsätzlich nicht diskutiert wird, wurden sie sofort rausgeschmissen.

Die Nazis versuchen, mit nationalistischer Antikriegspropaganda an Forderungen gegen den Irakkrieg anzuknüpfen. Hier müssen wir uns klar abgrenzen und sofort zeigen, dass wir nicht gemeinsam mit Nazis gegen die USA demonstrieren



werden.

# Partners in Crime

**Um den europäischen Weltmachtanspruch voranzutreiben, opponieren Deutschland und Frankreich in der Irak-Frage gegen die USA. Einen Bruch aber können sie sich nicht leisten.**

"Ungehörig" nannte es Hans Ulrich Klose (SPD), "nicht klug" fand es Volker Rühle (CDU), "tief gekränkt" war gar der französische Wirtschafts- und Finanzminister Francis Mer.



Nachdem US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die deutsch-französische Absage an einen Irakkrieg als Problem identifiziert und zugleich befunden hatte, dass diese Haltung des "alten Europa" die USA nicht hindern würde, ihre Pläne durchzusetzen, fanden Konservative und Sozialdemokraten zu einiger Empörung zusammen.

Einmal mehr hat die US-Regierung den Regierungen Deutschlands und Frankreich einen Ball zugespielt, den sie nur zu gerne annehmen. Das Talent der US-Politiker, bei jeder Gelegenheit die internationale Öffentlichkeit mit kriegerischen Äußerungen zu schockieren, erleichtert es ihnen erheblich, die Militarisierung ihrer eigenen Außenpolitik erfolgreich als Friedenswerk zu verkaufen.

### GRIFF NACH DER WELTMACHT

Mit dem spektakulär inszenierten deutsch-französischen Schulterchluss gegen die USA soll die EU endlich die ersehnte Weltmachtrolle einnehmen, wie der französische Präsident Jacques Chirac offen bekannte: "Es ist dringlich, dass Europa sich als internationaler Akteur durchsetzt. Es ist heute ein Beispiel für alle, die sich der Unabwendbarkeit des Krieges verweigern. (...) Ein Europa, das handlungsfähig ist, auch im militärischen Bereich, ist notwendig für das Gleichgewicht der Welt."

Doch es ist nicht ein Hang zum Pazifismus, sondern ein wirtschaftlicher und strategischer Interessenkonflikt, der Deutschland und Frankreich in Opposition zur Irakpolitik der USA treibt (s. *avanti* v. 11/2002). Auch sie bekannten sich im 1999 verabschiedeten NATO-Programm zur Ausweitung des Einsatzgebiets und der Kriegsgründe, zu denen unter anderem der "Terrorismus", die "Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen" und "unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen" zählen. Um theoretische Planspiele handelt es sich hier nicht. Frankreich hat jüngst mit Elite-truppen in die Kämpfe in seiner ehemaligen westafrikanischen Kolonie *Elfenbeinküste* eingegriffen und Deutschland stellt nach den USA die zweitgrößte Truppenzahl bei Auslandseinsätzen.

Die deutsch-französische Offensive wird auch keinen Beitrag zur Verhinderung des Irakkriegs leisten. Den USA die geforderten Überflugrechte, die Benutzung von Stützpunkten, den Ersatz abgezogener Streitkräfte und die Kriegsbeteiligung gemeinsamer NATO-Systeme wie der AWACS-Überwachungs- und Kampfleitflugzeuge zu verweigern, würde wahrscheinlich zu einem Zerfall der NATO führen. Es gibt jedoch weiterhin gemeinsame Interessen der NATO-Staaten, die am besten über das Militärbündnis vertreten werden können. Und während die USA einen Zerfall der NATO kompensieren könnten, würde er die EU-Militärpolitik weit zurückwerfen. Denn der Aufbau einer EU-Streitmacht hat gerade erst begonnen, und einige für die weltweite Interventionsfähigkeit notwendigen Elemente wie eine eigene Satellitenaufklärung fehlen noch ganz.

### ABHÄNGIGKEIT VON DER NATO

Noch sind die EU-Staaten militärisch zu schwach, um eigenständig weltweit Krieg führen zu können. Das Ziel wird aber immer aggressiver verkündet, verbunden mit einem deutsch-französischen Führungsanspruch in der EU. Eben dort setzt Rumsfeld an, der dem "jungen Europa" die USA als Gegengewicht zur Achse Deutschland-Frankreich präsentiert. So riskiert der deutsch-französische Vorstoß auch einen Bruch innerhalb der EU zwischen den "Tauben" Deutschland und Frankreich und den "Falken" Großbritannien, Italien und Spanien. In der sich verschärfenden kapitalistischen Krise geht nicht nur die US-Regierung höhere Risiken ein. Auch die europäische Bourgeoisie spielt jetzt Vabanque.

Harry Tuttle

# „ALTES EUROPA“ GEGEN DEN KRIEG? Die 5 Lügen der Bundesregierung

**Die US-KriegsstrategInnen konnten sich bisher meist darauf verlassen, dass sie bei größeren militärischen Interventionen eine Allianz zustande brachten, die unangefochten von den USA angeführt wurde.**

Beim jetzt drohenden Irakkrieg könnten sich die unterstützende „Allianz der Willigen“ auf der militärischen Ebene im wesentlichen auf die transatlantischen Knappen Tony Blair beschränken. Dies weist der britischen Antikriegsbewegung eine herausragende Bedeutung zu. Die Erklärungen von Schröder und Chirac anlässlich des 40-jährigen Jubiläums sind aber gerade kein Ausdruck von Friedenspolitik.

Vor allem Rumsfelds Einteilung in das „alte“ und das „neue“ Europa stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Nach unsrem Verständnis stehen die Herrschenden in den USA wie in Europa für eine geschichtlich überholte Gesellschaftsordnung, nämlich für Rüstungswirtschaft, Krieg, Umweltzerstörung, Unterdrückung und Ausbeutung.

Für ein neues Europa, für ein anderes Europa aber stehen die Antikriegsbewegung, die Antiglobalisierungsbewegung und die sozialistische ArbeiterInnenbewegung.

Das von Rumsfeld so betitelt „alte Europa“ ist wahrlich kein Kriegsgegner, nicht einmal in dem hier vorliegenden Fall, von den früheren und weiterhin drohenden Interventionen in anderen Teilen der Welt mal ganz abgesehen. So hat Frankreich noch nicht mal von seinem Vetorecht im Sicherheitsrat Gebrauch gemacht, als es um die Resolution 1441 ging, die schließlich politisch-publizistischer Bestandteil der Kriegsvorbereitung ist.

An der Heimatfront und „vor Ort“ leistet die Bundesregierung – trotz aller gegenteiliger Behauptungen – faktische Kriegsunterstützung. Sie lügt in mehrfacher Hinsicht:

## LÜGE 1:

„Die BRD stellt keine Soldaten für den Krieg zur Verfügung“. Dem halten wir entgegen, dass der militärische Schutz von US-Einrichtungen in der

BRD (seit dem 24. 1. immerhin 7000 Soldaten) sehr wohl die US-Streitkräfte entlastet und deren Kriegsführung erleichtert.

## LÜGE 2:

In der ARD-Sendung „Farbe bekennen“ erklärte Schröder vor Weihnachten, dass Deutschland „zum Schutz“ des Nato-Bündnisses seine Verpflichtungen erfüllen werde. „Und das bedeutet natürlich auch, dass zum Schutze des Bündnisgebietes (...) auch Awacs-Flugzeuge mit deutschen Soldaten besetzt sein werden“. AWACS-Flugzeuge seien „kein Instrument, mit denen man operativ Krieg

f ü h r e n kann“.

A b e r : S c h o n 1991 erwiesen sich d i e AWACS-Flugzeuge als Feuerleitstellen. Sie können

gegnerische Flugzeuge oder Schiffe in weiter Entfernung erkennen und so die Angriffe der eigenen Armee steuern. Zu jeder Besatzung gehören sogenannte Jägerleitoffiziere, die zum Beispiel den eigenen Kampfflugzeugen Ziele zuweisen. Seit dem sogenannten AWACS-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 ist dies allen Regierenden in der BRD zur Genüge bekannt.

## LÜGE 3:

„Die Lieferung von Patriot-Raketen an Israel dient nicht der Kriegsführung“. Dies ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Mit diesen Raketen kann sicherlich der Irak nicht angegriffen werden, aber die Absicherung Israels ist Teil der US-Strategie bei den konkreten Kriegsvorbereitungen und entlastet somit auch an dieser Stelle die US-Streitkräfte. Ohne den von den USA angezettelten Krieg, gäbe es heute nicht die geringste Befürchtung, dass Scud-Raketen aus Israel abge-

feuert werden. Aufgrund der vergangenen Inspektionen und der Sanktionspolitik ist der Irak heute militärisch so schwach, dass es von seiner Seite aus einem Selbstmord gleichkäme z. B. Israel anzugreifen, ohne angegriffen zu werden.

## LÜGE 4:

Die Stationierung von ABC-Abwehrtanks in Kuwait und von Schiffen der Bundesmarine am Horn von Afrika „dienen der Terrorismus-Abwehr“.

Je näher der Krieg rückt, um so deutlicher wird, welche Funktion gerade die Fuchs-Spürpanzer in Kuwait haben. Schließlich hat Struck schon erklärt, dass sie „selbstverständlich zum Schutz amerikanischer Soldaten eingesetzt werden.“ Auch der Einsatz der Bundesmarine dient ganz selbstredend der Entlastung der US-Armee.

## LÜGE 5:

Am 27.11.2002 hieß es im ARD-Videotext unter der Überschrift „Bewegungs- und Transitrechte für USA“: „Bundeskanzler Schröder hat den USA im Falle eines Irak-Krieges umfassende Bewegungs- und Transitrechte in Deutschland zugesagt. Den USA und den NATO-Partnern würden Überflugrechte gewährt sowie die Nutzung von US-Einrichtungen einerseits und deren Schutz andererseits gewährleistet“.

Der innenpolitische Sprecher der SPD, der Bundestagsabgeordnete Dieter Wiefelspütz, behauptete, es gebe eine klare Rechtslage, die völkerrechtlich verbindlich sei. Die USA hätten sowohl Überflug- als auch Nutzungsrechte für ihre Militärbasen und Flughäfen in Deutschland. „Der klaren Rechtslage wegen gibt es nichts zu erlauben“.

Dem halten wir entgegen: Die Rechtslage in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist für sich genommen für uns kein besonderes Argument. Gerade das sogenannte „Völkerrecht“ ist für uns unmenschlich und nicht akzeptabel. Schließlich sind mit dem Segen der UN nicht wenige Kriege geführt worden, nicht zuletzt der Irakkrieg von 1991.



# Kein Blut für Öl: Zehn Fragen und Antworten zum Krieg gegen den Irak

**1. Frage:** Welche Motive und Interessen leiten den US-amerikanischen Angriff auf den Irak?

**Antwort:** Der US-amerikanischen Regierung geht es primär nicht um den Kopf Saddam Husseins. Dies bezeugt das Angebot des Kriegsministers Rumsfeld von Ende Januar, der Saddam zum Rücktritt und zum Gang ins Exil aufforderte und dabei Straffreiheit in Aussicht stellte. In erster Linie möchten die USA ihren wirtschaftlichen und militärischen Einfluss in dieser bedeutenden Erdölregion stärken und mit einem neuen proamerikanischen Regime in Bagdad entsprechende Abkommen schließen. Dabei handeln die USA im Bewusstsein ihres weltweit unangefochtenen militärischen Vorsprungs und im Bewusstsein ökonomischer Schwierigkeiten. Es gilt diesen schwindenden ökonomischen Vorsprung gegenüber der EU durch direkte Einflussnahme auf die irakischen Ölreserven zu verteidigen. Kurz- und mittelfristige kriegsbedingte und weltwirtschaftliche Erschütterungen werden gegenüber dieser langfristigen Strategie im weltweiten Konkurrenzkampf in Kauf genommen.

**2. Frage:** Welchen Charakter hat der Krieg gegen den Irak?

**Antwort:** Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg. Imperialistisch, weil der gewalttätige Zugriff auf Rohstoffe und Ressourcen die militärische Fortsetzung der "normalen" alltäglichen kapitalistischen Ausbeutung armer Länder über ungleichen Tausch, Zollschranken oder Patentrechte bedeutet. Krieg und die alltägliche Ausbeutung der armen durch die reichen Länder sind die zweite Seite der imperialistischen Medaille auch im 21. Jahrhundert.

**3. Frage:** Welche Haltung haben die revolutionären SozialistInnen zum Krieg gegen den Irak?

**Antwort:** Revolutionäre SozialistInnen sind unversöhnliche GegnerInnen imperialistischer Kriege im besonderen – wie der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im allgemeinen. Dies ist nicht

unser Krieg. Aber wir sind nicht neutral, sondern treten für die Niederlage des imperialistischen Aggressors ein und stellen uns auf die Seite der irakischen Bevölkerung. Nicht auf die Seite des Saddam-Regimes und kommender proimperialistischer Marionetten sondern auf die Seite der irakischen Arbeiterinnen und Arbeiter, der ländlichen Bevölkerung und der unterdrückten und vom Regime in Bagdad grausam verfolgten nationalen und religiösen Minderheiten wie den KurdInnen im Nordirak und der schiitischen Bevölkerung des Südens.

**4. Frage:** Ist der US-Imperialismus der "Hauptfeind"?

**Antwort:** Die USA sind die treibende Kraft dieses Krieges und deshalb zuerst im Visier der Antikriegsbewegung. Aber die USA handeln als imperialistische Macht, die ihre Interessen gegenüber anderen Konkurrenten abzusichern sucht. Wir haben keine Veranlassung den Imperialismus in "gut" und "böse" zu unterteilen. Deutschland, Frankreich und andere ebenso imperialistische Mächte haben ihre eigenen spezifischen Interessen, die nichts weniger sind als friedvoll. Es gilt, den Imperialismus insgesamt zu bekämpfen, will mensch dem kriegerischen Treiben auf Dauer ein Ende setzen. Dabei berücksichtigen wir die alte Lehre Karl Liebknechts: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

**5. Frage:** Welche Stellung bezieht die deutsche Regierung beim Irakkrieg?

**Antwort:** Die momentane Politik der deutschen Regierung ergibt sich aus Erwägungen, die in erster Linie nicht der Antikriegsstimmung oder den Bundestags- und Landtagswahlen geschuldet sind. Analog zu den USA lassen sich Schröder und Fischer von den langfristigen Interessen Deutschlands und der EU leiten. Das deutsche Kapital verfügt im Gegensatz zu den amerikanischen

Konkurrenten über vielfältigere und reichhaltigere geschäftliche Verbindungen in den Mittleren Osten speziell im Irak und Iran. Die Sorge um den Fortbestand dieser wirtschaftlichen und diplomatischen Kontakte ist es, der Berlin den vorsichtigen Kurs in der Kriegsfrage aufzwingt.

Deshalb bezieht die Bundesregierung eingedenk ihrer Partnerschaft mit den USA sozusagen die zweite Linie des Schützengrabens. Einerseits führt sie einen rhetorischen Antikriegskurs. Andererseits werden aber US-Kasernen in Deutschland geschützt, das Land dem US-Militär als logistische Drehscheibe zur Verfügung gestellt und mit deutschen AWACS-Aufklärern aus sicherer Entfernung die US-amerikanischen und britischen Kampfflugzeuge und Bomber ins Ziel geführt. So hofft Berlin bei einem proamerikanischen Führungswechsel in Bagdad und der Verteilung der Beute dennoch mit am Tisch sitzen zu können. Dieser heuchlerischen und zynischen Position gilt es entschiedenen Widerstand entgegen zu setzen.

**6. Frage:** Wie ist die Haltung der revolutionären SozialistInnen zum Irak?

**Antwort:** Der Irak blickt dem dritten Krieg innerhalb von zwanzig Jahren entgegen. Neben den hunderttausenden Kriegsoffern hat das Land laut UN-Bericht alleine eine halbe Million tote Kinder aufgrund des mörderischen Embargos zu beklagen. Es geht um das Überleben der irakischen Bevölkerung. Deshalb stehen wir nicht allein im Krieg auf ihrer Seite, sondern unterstützen ihre Forderung nach Aufhebung sämtlicher Einfuhrverbote, die ihrem Leben so hart zugesetzt haben.

Wir unterstützen speziell den Aufbau einer unabhängigen Wider-



standsfront der Lohnabhängigen des Irak. Wenn der Irak aus der neuerlichen Tragödie entrinnen will, dann nur durch die Emanzipation der ArbeiterInnenklasse vom Imperialismus und dem Saddam-Regime. Wir unterstützen ferner die demokratischen Rechte der KurdInnen im Nordirak und der religiösen Minderheit im Süden des Landes auf Selbstbestimmung. Wir appellieren speziell an sie, die Lehren der Geschichte zu beherzigen und sich nicht auf die Seite des US-Imperialismus zu stellen. Auch dieses Mal würden ihre Interessen zum Spielball der imperialistischen Diplomatie. Dagegen steht bei Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes ein Bündnis mit den irakischen ArbeiterInnen und der Landbevölkerung als Gebot der Stunde an.

**7. Frage:** Bedeutet die Parteinahme für die irakische Bevölkerung eine Unterstützung Saddam Husseins?

**Antwort:** Im Gegensatz zu den westlichen Staaten haben die revolutionären SozialistInnen nie die Frage der Unterdrückung der Menschen des Irak durch das Baath-Regime hintangestellt: Seien es durch Giftgas ermordete KurdInnen, gefolterte Revolutionärinnen und Revolutionäre oder die drangsalierte schiitische Bevölkerung des Südens. Wenn die Mehrheit der irakischen Bevölkerung momentan hinter Saddam Hussein steht, so ist dies ein "Verdienst" des US-Imperialismus. Hat in den vergangenen Jahren das Embargo die Bevölkerung gegen die USA und ihre Verbündeten erbittert, so hat es gleichzeitig Hussein eine erneute politische Akzeptanz verschafft. Nun werden die Menschen erneut mit dem Bombenterror konfrontiert und scharen sich zunächst um das Baath-Regime in Bagdad.

Saddam Hussein selbst ist nur Ausdruck der politischen Gegebenheiten in einem unterentwickelt gehaltenen Land. Die USA haben ihn im ersten Golfkrieg nach Kräften gefördert, um ihn dann zu bekämpfen als er seine eigenen Ambitionen mit dem Überfall auf Kuwait entwickelte. Allein die irakische Bevölkerung – zuvorderst die Lohnabhängigen – sind in der Lage, mit Saddam und allen möglichen Regime-Nachfolgern abzurechnen. Wenn die ArbeiterInnenklasse sich zu dieser Aufgabe erheben muss, so werden die Bomben der USA buchstäblich zum Ducken nötigen. Das heißt: Wer Saddam und die Verhältnisse seiner Macht zum Einsturz bringen will, muss sich auf die Seite des Irak stellen.



**8. Frage:** Welche Aufgabe kommt der Antikriegsbewegung zu?

**Antwort:** Der internationalen Antikriegsbewegung kommt eine Schlüsselrolle zu. Sie wird zwar den Ausbruch des Krieges nicht verhindern, wohl aber den Fortgang bestimmen können. Militärisch wird der Irak den US-amerikanischen und britischen Streitkräften bei aller Gegenwehr nicht Paroli bieten können. Deshalb muss die imperialistische "Heimatfront" aufgebrochen werden. Zehntausende Menschen auf den Straßen sind den Kriegführenden ein Ärgernis, Hunderttausende und Millionen eine ernste Bedrohung ihrer weiteren Pläne.

Wie zur Zeit des Vietnamkrieges tragen deshalb die Menschen Nordamerikas und Europas eine große Verantwortung, damals gegenüber der vietnamesischen Bevölkerung, heute gegenüber den irakischen Menschen. Deshalb muss die Plattform der Antikriegsbewegung so viel wie möglich Menschen mobilisieren, gleichzeitig aber den "kreidefressenden" Regierungen in Berlin oder Paris nicht die Möglichkeit bieten, dem entschiedenen Protest gegen den Krieg die Spitze abzubrechen.

**9. Frage:** Welche Position nehmen die revolutionären SozialistInnen innerhalb der Antikriegsbewegung ein?

**Antwort:** Die revolutionären SozialistInnen sind auf dem linken Flügel der breiten Antikriegsbewegung aktiv. Einerseits beteiligen sie sich loyal an den Protesten und arbeiten in den Bündnissen mit, andererseits bewahren sie sich ihre organisatorische und propagandistische Freiheit gegenüber den gemäßigten Teilen der Bewegung, die z.B. eine "neutrale", in der Konsequenz aber kriegsdulden Position einnehmen.

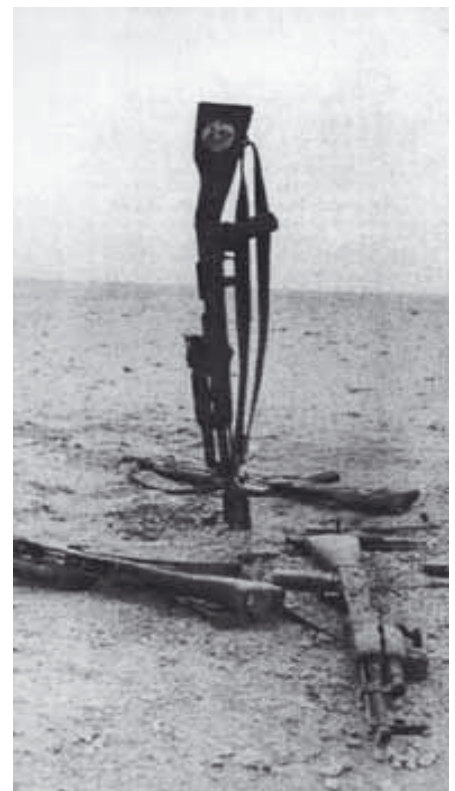
Indem wir uns offen für eine Radikalisierung der Antikriegsbewegung einsetzen, versuchen wir die imperialistische Macht in Berlin, Washington, London

oder Paris selbst zu untergraben. Als radikal sehen wir z.B. Massenproteste vor den US-Stützpunkten an und eine massenweise Verhinderung des US-Nachschubs aus der BRD.

**10. Frage:** Welchen Verlauf und Ausgang wird der Irakkrieg nehmen?

**Antwort:** Diese Frage ist momentan natürlich nur spekulativ zu beantworten, da mehrere Szenarien möglich sind. Wir gehen davon aus, dass in der direkten militärischen Konfrontation die irakische Armee unterliegen muss. Die US-amerikanischen und britischen Strategen werden es zu vermeiden trachten, die Konfrontation im Häusermeer Bagdads oder anderer Städte zu suchen. Hier und in Guerillaattacken liegt die Möglichkeit der irakischen Militärs zu Gegenschlägen. Der Einsatz von biologischen und chemischen Waffen ist in Betracht zu ziehen, wenn auch unwahrscheinlich.

All dies wird von den gesellschaftspolitischen Folgen des Waffengangs beeinflusst: Wie lang hält sich das Saddam-Regime bei dem Angriff? Wie reagieren die Lohnabhängigen und die Landbevölkerung? Wie die KurdInnen und SchiitInnen? Welchen Einfluss nehmen die Reaktionen der arabischen und islamischen Welt? Und schließlich welche Kraft erlangt die weltweite Antikriegsbewegung? Viele Menschen werden den Angriff mit ihrem Leben bezahlen müssen, während die Zensurmaschinerie der kriegführenden Mächte erneut einen



"sauberen Krieg" darzustellen trachtet. Der Schlüssel zur Beendigung des Krie-

# Deutsche Konzerne im Nahen Osten Mord und Atomschlag



**“Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt”, heißt es zu Recht auf Antikriegsdemonstrationen. Konzerne, wie die mittlerweile insolvente Babcock Borsig AG, haben dazu beigetragen, die Rüstungsspirale im Nahen Osten anzuheizen. Dabei bediente Babcock Irak und Israel.**

Im Dezember 1980 hieß es in dem Babcock-internen “Mitarbeiterbrief Nr. 37” unter der Überschrift “Kontakte zum Irak gefestigt”: “Auf Einladung des Vorstandes der Deutschen Babcock AG besuchte Anfang November der Botschafter der Republik Irak, Seine Exzellenz Bassim Al Bazzaz, die Deutsche Babcock AG Oberhausen. Vorstandsmitglied Dipl.-Ing. Axel Kemna unterstrich in seiner Begrüßungsansprache das Interesse der Gruppe Deutsche Babcock, die bisherigen wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Irak zu verstärken [...] Hauptbesprechungsthemen waren der Bau kompletter Kraftwerke für den Irak sowie die Lieferung von Zellstoffabriken, Weißzementwerken und ähnlicher schlüsselfertiger Fabriken aus dem Lieferprogramm unserer Gruppe. [...] Mit Befriedigung nahm der Botschafter zur Kenntnis, daß Babcock eine der wenigen ausländischen Firmen ist, die im Irak zwei Büros unterhält und dass diese auch während der kriegerischen Auseinandersetzungen ununterbrochen besetzt gewesen sind”. Natürlich ließ Babcock in der Zeit auch die Kontakte zum Kriegsgegner Saddam Husseins, dem Staat Iran, dem früheren Hauptaktionär des Konzerns, nicht abreißen.

## GIFTGAS GEGEN HALABJA

Was das “Lieferprogramm unserer Gruppe” beinhaltete, sollte sich acht Jahre später herausstellen.

Im März 1988 griff das Militärregime von Saddam Hussein die im Norden des irakischen Staates gelegene kurdische Stadt Halabja mit Giftgas an. 5000 Menschen starben als Opfer des größten Giftgasangriffs seit dem ersten Weltkrieg. Der Einsatz war nicht neu. Allein im Golfkrieg setzte der Irak zwischen 1980 und 1984 133 Mal Giftgas ein.

Im Januar '89 legte die *Kurdische Vereinigte Front* den Vereinten Nationen in Genf eine Dokumentation zu Halabja vor. Darin wurden 31 ausländische Unternehmen beschuldigt, an der “Errichtung



der Chemiewaffenfabriken direkt oder indirekt” beteiligt gewesen zu sein. Die zusammengestellte Liste beruhte auf Dokumenten einer zentralen Regierungseinrichtung in Bagdad, über die sämtliche irakische Import- und Exportgeschäfte abgewickelt und kontrolliert wurden. Am 26.1.89 veröffentlichte die *TAZ* eine Liste mit “Unternehmen und Staaten, die an der Giftgasproduktion im Irak beteiligt sind”. Unter der Rubrik “Ausländische Firmen, die direkt oder indirekt an der Entwicklung der chemischen Waffenfabriken beteiligt sind” wurden die damalige “Deutsche Babcock” und die “Preussag”, einer ihrer Hauptaktionäre, aufgelistet.

Im Dezember 1990 schrieb die *Bunte Liste* Oberhausen: “Am Bau einer chemischen Waffenfabrik im Irak war die Oberhausener Deutsche Babcock AG wohl über die Erstellung einer Aufbereitungsanlage für hochreines Wasser durch eine Konzerntochter beteiligt”. In der Dokumentation *Tatort Irak* hieß es in einer Lieferliste: “1987, C-Waffenproduktion, Falluja” [...] Involviert in das Falluja-Projekt sind außerdem die Firmen [...] Deutsche Babcock”. Die Zeitung *AK* schrieb am 14.1.91 über Falluja: “Hier wurden seit 1986 zwei Anlagen zur Produktion von Ausgangsstoffen für Nervengase wie Tabun errichtet. Eine zur

Produktion von Phosphortrichlorid, die andere für Phosphoroxidtrichlorid. Ebenso ist hier eine Anlage zur Produktion von Thiodiglykol geplant, dem Ausgangsstoff für Lost”.

Zwar wurde der Irak wegen des Einsatzes von Giftgas schon am 21.3.86 vom UN-Sicherheitsrat direkt verurteilt. Aber die UN-Resolution verstaubte in den Archiven. Schließlich war damals Saddam Hussein ein treuer Verbündeter der USA im Kampf gegen den angeblichen “Hitler” Khomeini. Daher sah die Bundesregierung nicht den geringsten Anlass, gegen deutsche Firmen wie z. B. Babcock Ermittlungen zu führen. Dass dann 1990 wegen der Zahlungsunfähigkeit des Irak Forderungen aus einem Auftrag mit einem Volumen von 150 Mio. DM “uneinbringbar” wurden, konnte Babcock-Chef Wiehn unter Geschäftsrisiko abhaken.

## FERTIG ZUM ATOMSCHLAG

Im Juli 1999 lieferte die zum Babcock-Borsig-Konzern gehörende HDW in Kiel das U-Boot *Dolphin* an Israel aus. Es war das erste von drei U-Booten, die Atomraketen verschießen können. Dazu berichtete die *Süddeutsche Zeitung* vom 1.9.99: “Dass der Atommacht Israel möglicherweise nuklear-taugliche U-Boote geliefert werden, halten Rüstungsexperten für bedenklich”.

Die von der HDW gebaute *Dolphin* verfügt über sechs Torpedorohre 53,3 cm entsprechend dem international üblichen Standard und über vier übergroße Torpedorohre 65 cm. In einem Schreiben des Bundesverteidigungsministeriums hieß es dazu, die 65 cm Torpedorohre seien zum Abschuss für Seeziel-Flugkörper vom Typ Sub-Harpoon. Diese nicht-atomaren Schiffs-Schiffs-Raketen werden unter Wasser abgeschossen – allerdings aus 53,3 cm Rohren. Die *SZ* schrieb: “Es gibt derzeit überhaupt keine Unterwasser-Waffen, für die 65 cm Rohre nötig wären”.

Die *Süddeutsche* weiter: “Die Hersteller der Boote, die Howaldswerke Deut-

sche Werft und die Thyssen Nordseewerke, schweigen zum Dolphin-Projekt. Licht ins Dunkel bringt vielleicht eine Meldung in einer Zeitschrift *Jane's*. Israel, so heißt es, ... wolle die Boote mit einer ,umgebauten, Sub-Harpoon ausstatten. Diese soll einen in Israel entwickelten Atomsprengkopf tragen sowie ein Elektronik-Paket zur Steuerung der Rakete." *Jane's defense weekly* ist die bedeutendste internationale Militärzeitschrift. Und bereits 1990 wusste der ehemalige Kommandeur der israelischen Marine, A. Botzer, zur geplanten Rolle der U-Boote der Dolphin-Klasse, "sie seien die Garantie, dass kein Feind, der Israel mit nicht-konventionellen Waffen angreife, ungeschoren davon komme".

Tests sollten bald anlaufen. Unter der Überschrift "Israel testete Marschflugkörper. Zwei aus Deutschland gelieferte U-Boote dienten als Abschussbasis" schrieb die *NRZ* vom 19.06.2000: "London (dpa). Israel hat von zwei aus Deutschland gelieferten U-Booten aus Marschflugkörper abgefeuert, die mit Atomraketen bestückt werden können. Nach einem Bericht der britischen Zei-



tung *The Sunday Times* ist Israel neben den USA und Russland das dritte Land, das Atomwaffen von U-Booten starten könne. Zu den Tests im vergangenen Monat seien zwei der insgesamt drei U-Boote des Typs "Delfin" verwendet worden, die von Deutschland finanziert und gebaut wurden. Dem Bericht der Zeitung zufolge, die sich auf Quellen des Verteidigungsministeriums berief, fanden die Tests im Mai in der Nähe von Sri Lanka statt. Die Cruise Missiles hätten Ziele in 1500 Kilometer Entfernung getroffen. Obwohl Israel niemals zugegeben habe, über Atomwaffen zu verfügen, könne

davon ausgegangen werden, dass der Staat über 100 bis 200 Atomsprengköpfe verfüge. Auch die Marschflugkörper könnten mit Atomwaffen bestückt werden". Soweit die *NRZ*.

#### ATOMMACHT BRD?

Der Bau der U-Boote für Israel durch die Babcock gehörende HDW hat noch einen besonderen Gesichtspunkt, weil Babcock ein sozialdemokratischer Konzern war bzw. ist. Die Babcock Borsig AG wurde direkt zu 33% von der Preussag und zu 10% von der Westdeutschen Landesbank kontrolliert. Hinter Preussag steckt wiederum mit 25% die Gesellschaft für Energie- und Versorgungswerte mbH, eine 100%ige Tochter der WestLB. Die WestLB gehört zu 43% dem Land NRW und der Rest den NRW-Landschafts- und Sparkassenverbänden. Die abstrakten Zahlen haben Namen und Adresse: Friedel Neuber als Chef der WestLB und Wolfgang Clement als ehemaliger Chef der Landesregierung und jetziger Superminister in Berlin. Vom Sparkassendirektor bis zum Vorstandsvorsitzenden ist die WestLB durch und durch sozialdemokratisch. Und umgekehrt: Die NRW-SPD ist an ihrer Spitze mit dem Finanzkapital der WestLB verschmolzen.

Und wer finanzierte die U-Boote? Darüber berichtete das Magazin *Focus* vom 3. Juli 2000. Dort hieß es: "Die Bundesregierung, wegen der Beihilfe deutscher Firmen für Saddam Husseins Kriegsmaschinerie international am Pranger, übernahm das Gros der Kosten von über 1,5 Mrd. DM. Die Thyssen Nordseewerft in Emden und die Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel durften sich den Auftrag teilen". Kaum zu glauben, dass die BRD 1,5 Mrd. DM ohne Gegenleistung für den Bau von U-Booten für Atomraketen verschenkt. Die Gegenleistung Israels könnte in einem Technologietransfer an die BRD bestehen. Die Kooperation mit Israel bietet der BRD die Möglichkeit, sich heimlich das know-how einer Atommacht anzueignen. Es fehlen nur noch die entsprechenden Bomben.

## STREIK GEGEN KRIEG!

**Was SozialistInnen seit eh und je sagen, muss kein Traum bleiben. Welche gewaltige Kraft die ArbeiterInnenklasse entwickeln könnte, würde sie ihre stärkste Waffe einsetzen, lässt die Aktion zweier schottischer Lokführer gegen den Krieg erahnen.**

Am 8. Januar weigerten sie sich, einen Munitionstransport durchzuführen. Die beiden in Motherwell in der Nähe von Glasgow (Schottland) arbeitenden Lokführer sollten die Munition nach Glen Douglas an der schottischen Westküste bringen. Glen Douglas ist das größte Waffenlager der NATO in Europa.

Die beiden Streikenden sind die einzigen Lokführer in jener Region, die dafür ausgebildet sind, eine solche Fracht auf der West Highland Linie durchzuführen. Die Kollegen erkannten ihre Chance und machten Gewissensgründe geltend. Zunächst versuchte die *English Welsh and Scottish Railway (EWS)*, die für das „Verteidigungs“-ministerium solche Transporte durchführt, den Vorfall herunterzuspielen und sprach von technischen Problemen. Doch der *Guardian* veröffentlichte am 9.1. den Vorfall und berichtete auch über den Druck, den der EWS-Vorstand auf die Gewerkschaftsführung der *Aslef*, in der die beiden organisiert sind, auszuüben.

Es nutzte nichts. Die *Aslef* hatte schon längst öffentlich gegen den Krieg Stellung bezogen. Jetzt arbeitet die britische Antikriegsbewegung (Stop the war coalition) daran, dass dieses Beispiel Schule macht. Immerhin ist der öffentliche Druck in Großbritannien heute schon so groß, dass die beiden streikenden Lokführer nicht gemaßregelt wurden.

# Die Regierung Lula: Ändern oder geändert werden?

Seit Anfang Herbst 2002 sind sowohl die internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank, als auch die bürgerlichen Kreise um den Expräsidenten Fernando Henrique Cardoso (F.H.C.) damit beschäftigt, den Spielraum der brasilianischen Regierung Lula – der Galionsfigur der Arbeiterpartei (PT) – weitestgehend einzuengen. Die Hauptkandidaten der Präsidentschaftswahl bekamen ein Abkommen mit dem IWF vorgelegt, das alle, einschließlich – oder gerade auch – Lula, unterzeichnet haben.

Zwischen den beiden Wahlgängen haben wichtige Sektoren der brasilianischen Bourgeoisie ein Annäherungsmannöver an die "Regierungsmannschaft der PT" vollzogen. Da Lulas Wahl unausweichlich schien, ging die brasilianische Bourgeoisie, die in solchen Praktiken erfahren ist, zweigleisig vor: einerseits Androhung einer Destabilisierung des Finanzmarkts (d.h. Kapitalflucht seitens brasilianischer und internationaler Spekulanten, verschärftes Herbeireden einer möglichen Schuldenkrise...); andererseits Verhandlungen im Sinne einer "Übergangsregierung" zur Wahrung der Kontinuität wesentlicher Grundzüge des Wirtschaftsmodells, wie es unter dem zweimaligen Präsidenten F.H.C zur Anwendung kam.

Mit der Ernennung von Henrique de Campos Meirelles, dem ersten Lateinamerikaner auf dem Präsidentensessel einer internationalen US-Bank (Bank of Boston), zum Zentralbankchef erhielt der "Markt ein starkes Signal", will heißen: Sicherheiten für die Megaspekulanten und FinanzjongleurInnen. Gleichzeitig wurde somit ein Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen sich die künftige Regierung Lula bewegen sollte.

## LULA UND SEINE MINISTER

Am 23. Dezember gab Lula seine Kabinettsliste mit 25 Ministern und 8 Staatssekretären bekannt. Die brasilianische Presse reagierte umgehend und die große Tageszeitung *O Globo* bemerkte nachdrücklich, dass zwei Schlüsselministerien der Regierung Lula durch Parteigänger des von F.H.C. unterstützten Präsidentschaftskandidaten José Serra besetzt würden und dass diese zudem gewichtige Wirtschaftssektoren repräsentierten.

In erster Linie handelt es sich hierbei um Luiz Fernando Furlan, der das Ministerium für *Entwicklung, Industrie und Außenhandel* erhält. Furlan ist dem inter-

nationalen Großkapital wohlbekannt – er leitet die größte Fleisch-, Geflügel- und Schweineexportfirma Brasiliens, die *Sadia AG*. Zur *Sadia* gehören 12 große Fabriken in Brasilien, die auf sieben Staaten verteilt sind. Furlan ist im Aufsichtsrat der *Amro Bank Brasil*, der größten internationalen holländischen Bank. Zudem ist er mit dem Verband der Automobilproduzenten liiert. Er ist Vizepräsident des Verbands der brasilianischen Exporteure und des *Mercosur European Business Forum*. Außerdem ist er Mitglied des *Brazil-USA Business Development Council* und der Leitung des lateinamerikanischen Unternehmerrats *CEAL*.



Furlan war Wortführer bei einer der wichtigsten Debatten auf dem letzten Weltwirtschaftsforum (WEF) im November 2002 in Rio de Janeiro. Ende 2001 hatte er sich vor dem argentinischen Bankiersverband nachdrücklich dafür eingesetzt, den Mercosur zu stärken, um der Exportabhängigkeit der Wirtschaft Rechnung zu tragen und die Ausgangsposition der lateinamerikanischen, will heißen brasilianischen Bourgeoisie in den Verhandlungen mit den USA über die amerikanische Freihandelszone ALCA zu verbessern. In diesem Zusammenhang seien auch die Beziehungen zur EU zu sehen.

Während des WEF in Rio de Janeiro setzte er sich erneut dafür ein, Importbeschränkungen für brasilianische Produkte im Rahmen der ALCA und der WTO-Verhandlungen abzubauen. Dies Engagement ist einleuchtend, wenn man bedenkt, dass *Sadia* in ca. 60 Länder exportiert und 2001 einen Umsatz von 700 Millionen Dollar erzielte. In einem Interview mit der brasilianischen Zeitschrift *Exame* verwies Furlan darauf, dass "angesichts des weiterhin schwächelnden brasilianischen Binnenmarktes ein Wachstum nur über Exporte zu erzielen" sei. Man kann insofern getrost davon ausgehen, dass dieser Minister für "Ent-

wicklung, Industrie und Außenhandel" sich die Geschäfte der nationalen und internationalen Großexporteure Brasiliens zum Anliegen machen wird. Damit ist ein wahrlich bruchloser Übergang vom Modell F.H.C. zum "Modell Furlan" gewährleistet.

## DIE LANDWIRTSCHAFT UND DIE AGRARREFORM

Neben Furlan gibt es einen weiteren Altbekannten: den Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues, eine der markantesten Figuren in der brasilianischen Agrarpolitik. In der Vergangenheit gehörte er dem Führungskreis nahezu aller Institutionen an, die sich mit Landwirtschaft und Agrarexporten befassen. Als Beispiele seien genannt: der Verband des brasilianischen Agrarbusiness ABAG und die Brasilianische Agrargesellschaft SRB. Außerdem war er Mitglied des Nationalen Währungsrates CMN, des Nationalen Rates für Agrarpolitik, des Nationalrates für Außenhandel CONCEX und des Unternehmerrates für Wettbewerbsfähigkeit CEC.

Er war Landwirtschaftssekretär des Staates São Paulo während der Regierung



von Luiz Antonio Fleury Filho, die u.a. für ihr hohes Maß an Korruption bekannt war. Neben seinen Qualitäten als Professor verfügt Roberto Rodrigues über Großgrundbesitz in der Region von Ribeirão Preto im Staat São Paulo und in der Region von Maranhão. Rodrigues engagierte sich stets für die Exportorientierung der Landwirtschaft als Mittel, die brasilianische Handelsbilanz positiv zu gestalten.

Einem solchen Minister wurde mit Miguel Soldatelli Rossetto ein Mitglied der offiziellen PT-Linken, der Strömung *Sozialistische Demokratie*, als Verantwortlicher für "landwirtschaftliche Entwicklung" – die Agrarreform also – zur Seite gestellt. Rossetto war Gewerkschaftsführer, der 1996 zum Bundesabgeordneten gewählt wurde, ehe er ab 1998 als Kandidat der PT das Amt des Vizegouverneurs des Staates Rio Grande do Sul bekleidete. Der damalige Listenführer Olivio Dutra bekleidet in der Regierung Lula ebenfalls ein Ministeramt – das für Städtebau. Die PT hat zwar Ende 2002 die Wahlen im Staat Rio Grande do Sul verloren, aber wie es scheint, bekommen einige ihrer Führer mitsamt eines Teils ihrer Stellvertreter auf Bundesebene neue Posten. Es ist nichts Neues in der Geschichte, dass Leute an ihren Amtssesseln kleben – auch unter der Linken.

Die gleichzeitige Ernennung von Furian, Rodrigues und Rossetto gilt der brasilianischen Presse als Ausdruck einer künftigen "pluralistischen Regierung" Brasiliens unter Lula. Nichtsdestotrotz tauchen bereits einige Fragezeichen auf. Von dem Minister für "landwirtschaftliche Entwicklung" Rossetto wird eine Agrarreform erwartet. Zu diesem Zweck muss er sich logischerweise mit Teilen der kleinen und landlosen Bauern, die u.a. von der Bewegung der landlosen Bauern (MST) vertreten werden, verbünden. Der Landwirtschaftsminister Rodrigues hingegen zeichnet für einen von der Regie-

rung F.H.C. verabschiedeten Entwurf verantwortlich, wonach die Agrarreform in den Ländereien, die von in der MST organisierten LandarbeiterInnen besetzt worden sind, verboten werden soll. Dies sollte dem Minister für Landwirtschaftsreform Rossetto zu denken geben. Mutet doch ein solches Gesetz wie eine Kriegserklärung gegenüber den armen brasilianischen Bauern an, die doch viel zahlreicher als die Agrarexporture und Großgrundbesitzer sind.

Zum Außenminister wurde Celso Luiz Nunes Amorim, Botschafter in London unter der Regierung F.H.C., von Lula ernannt. Zuvor war er obendrein UNO-Botschafter und dortiges Kommissionsmitglied des Sicherheitsrats. Als vormaliger Außenminister der Regierung Itamar Franco von 1993 bis 1994 ist auch er kein Unbekannter auf der politischen Bühne.

#### VOM KOMPROMISS ZUM VERZICHT?

Lulas Wahlsieg basiert auf dem Willen zur Veränderung angesichts des sozialen Desasters, das die neoliberale Politik von F.H.C. angerichtet hat. Für die kommenden Monate zeichnen sich verschiedene Optionen ab, angefangen mit einer Reihe konkreter Entscheidungen wie Mindestlohn und Agrarreform. Entweder nimmt man einschneidende Strukturformen vor, die die Konzentration des Reichtums, den Großgrundbesitz, die Exportorientierung usw. betreffen. Oder die Kompromisse mit den internationalen Finanzinstitutionen und den brasilianischen und internationalen Konzernen drücken der Politik der Regierung Lula ihren Stempel auf. So stehen die Alternativen.

In solch einem Rahmen stellt sich für die "PT-Linke" folgende Frage: Ist die Übernahme von "Vertrauensposten" (Vertrauen wem gegenüber?) in der Regierung vereinbar mit der Beteiligung an vorderster Front der sozialen Mobilisierungen? Und nur darüber kann im Rahmen der unausweichlichen sozialen Auseinandersetzungen gewährleistet werden, dass wirkliche Veränderungen zustande kommen und die breite Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung eine würdige Existenz erlangt. Die "Kernmannschaft der PT-Regierung" hat sich schon für einen Weg entschieden. Die "PT-Linke" steht vor einem gefährlichen Scheideweg. Und das Fahren am Rand des Abgrunds ist sehr heikel – besonders

## CHINESISCHE GEWERKSCHAFTER VOR GERICHT

**Die beiden Gewerkschafter Yao Fuxin und Xiao Yunliang sind seit dem 15. Januar in der nordchinesischen Stadt Liaoyang unter dem Vorwurf der Subversion angeklagt.**

Dieses Vergehen kann nach dem chinesischen Strafrecht mit der Todesstrafe oder lebenslanger Haft geahndet werden. Vorgeworfen wird den beiden weiterhin, Mitglied der Chinesischen Demokratischen Partei zu sein (was unzutreffend ist, da beide sich als Kommunisten bezeichnen) und mit dem in Hongkong publizierten China Labour Bulletin, zusammenzuarbeiten (was die beiden nicht bestreiten). Dieses wird von Han Dongfang, einem der Gründer der 1989 mit größter Brutalität zerschlagenen Autonomen ArbeiterInnengewerkschaft Peking, herausgegeben und stellt ein wichtiges Medium der chinesischen ArbeiterInnenbewegung dar. Han Dongfang rief inzwischen GewerkschafterInnen in aller Welt zu Protesten gegen den Prozess auf.

Das Vergehen von Yao Fuxin und Xiao Yunliang bestand darin, im März 2002 Proteste von 30.000 ArbeiterInnen gegen Arbeitslosigkeit, Armut, nicht ausbezahlte Löhne und die Bereicherung der Bürokratie bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen organisiert zu haben. Derartige Proteste häuften sich in den letzten Jahren und können als Antwort auf die im vollen Gang befindliche kapitalistische Restauration bezeichnet werden. So wurden allein 2001 nach offiziellen Zahlen fünf Millionen ArbeiterInnen aus staatlichen Betrieben vor die Tür gesetzt, die Gewerkschaftsbürokratie der offiziellen Verbände kümmert sich dabei kaum um die Interessen der eigenen Mitglieder.

# Fabbrica Italiana di Automobili Torino (FIAT) – die Partie ist noch nicht entschieden

**In der 1899 von Giovanni Agnelli gegründeten FIAT verkörpern sich die geschichtlichen Knotenpunkte der italienischen ArbeiterInnenbewegung.**

1980 markierten die durch die massive Aufweichung des staatlichen Kündigungsschutzes möglich gewordenen Massenentlassungen bei Mirafiori und die nachfolgende Abschaffung der gleitenden Lohnskala die Niederlage der Arbeiterbewegung, das definitive Ende von 1969 und den Beginn der neoliberalen Ära. Und heute symbolisiert der Kampf gegen den Ausverkauf der FIAT-Automobilsparte die wiedergewonnene Initiative auf Seiten der ArbeiterInnenklasse.

Das vergangene Jahr erlebte in Italien eine außerordentliche Offensive gegen Löhne und Rechte der ArbeiterInnen: Hunderttausende qualifizierter Arbeitsplätze wurden abgebaut (für 2003 ist nach Schätzungen der CGIL die Streichung von 300.000 weiteren geplant); 4 von 5 Neueinstellungen werden unter prekären Bedingungen vorgenommen; durch die Änderung des Artikel 18 des Arbeitsgesetzes soll der Kündigungsschutz weiter ausgehöhlt werden; die Reallöhne wurden aufgrund der Inflation, deren tatsächliche Höhe im Jahr der Euro-Einführung von unabhängiger Seite mit 29% statt der offiziell ausgewiesenen 3,8% errechnet wurde, drastisch gesenkt. Auf der anderen Seite stehen drei Generalstreiks, eine deutlich gestiegene Streikquote und eine millionenfache Mobilisierung der Arbeiter, die nicht nur für ihre spezifischen Belange eintreten, sondern ihren Protest auch gegen übergreifende destruktive Tendenzen des Spätkapitalismus richten und dabei die Verständigung mit der „Bewegung der Bewegungen“, wie in Italien die Globalisierungsgegner genannt werden, finden.

## STRUKTURKRISE

Symbolhaft für diese von den Folgen der kapitalistischen Überproduktionskrise geprägte Entwicklung ist die italienische Automobilindustrie. Sie durchlebte in den vergangenen 25 Jahren einen



enormen Konzentrations- und Rationalisierungsprozess, an dessen Ende der FIAT-Konzern mit massiver staatlicher Hilfe überlebte: Private und staatliche Konkurrenten wurden geschluckt, defizitäre Sparten an den Staat verkauft und nach deren Sanierung zurückgekauft und durch Beteiligungen und Übernahmen (meist im Rahmen von Privatisierungen) in verschiedenen Industrie- und Finanzsektoren ein weitverzweigtes Wirtschaftsimperium und Symbol für die Umstrukturierung der Industrielandschaft Italiens geschaffen. Der globale Kapitalismus ist jedoch im Begriff, auch diese Landschaft neu zu gestalten. Infolge der zunehmenden Öffnung des nationalen Marktes und sicherlich auch struktureller Faktoren gerät der Automobilsektor in einen zunehmenden Abwärtssog: Allein während der vergangenen 12 Jahre ist der europäische Marktanteil von 14 auf unter 9%, der am italienischen Markt von 42 auf 28% gefallen.

Das mit GM getroffene Abkommen mit gegenseitiger Beteiligung sollte einen – von vornherein untauglichen – Versuch bilden, unter den global players weiter mitmischen zu können. Statt größerer Spielräume auf dem Weltmarkt wurde eine zunehmende Abhängigkeit sowohl von den Banken, deren Kreditsummen inzwischen im zweistelligen Milliardenbereich liegen, als auch von GM erreicht.

Inzwischen ist auch die 6%ige Beteiligung von FIAT an GM verkauft und auf der Tagesordnung steht die weitgehende Zerschlagung und Filetierung der Auto-

mobilsparte, um die aufbereiteten und profitablen Bereiche möglichst gewinnbringend veräußern zu können. An einer generellen Übernahme der FIAT-Auto-Produktion – wie vor 3 Jahren als Option vereinbart – ist GM wenig interessiert, zumal sich die strategischen Interessen am europäischen Automobilmarkt eher auf

die schwächelnde Tochter Opel konzentrieren dürften. Attraktiver ist da die Übernahme entsprechend hergerichteter Montagewerke, um so die eigene Produktion umorganisieren und z.B. Druck auf gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze in Deutschland ausüben zu können.

Zur Durchsetzung dieser Ziele hat FIAT Mitte letzten Jahres einen Sanierungsplan erstellt, der eine Verringerung der Produktion um ca. 25% mit Stilllegung von Produktionsstandorten, die sofortige Entlassung von 3000 und die stufenweise Entlassung von 8100 weiteren Beschäftigten auf dem Weg der Kurzarbeit Null mit vager Aussicht auf Wiedereingliederung für wenige vorsah. Weitere Maßnahmen sollten folgen, darunter ein neuerlicher Arbeitsplatzabbau bei Mirafiori in Turin, wo bereits in den letzten 11 Jahren nahezu 2/3 der Belegschaft entlassen worden waren. Ausgenommen wurde lediglich der ultramoderne Standort Melfi in Süditalien, wo nicht nur die modernsten Produktionsbedingungen sondern auch der höchste Grad an Flexibilisierung – die größte Ausbeutungsrate also – besteht.

## MASSENPROTESTE

Nach permanenten und immer radikaleren Protesten weit über FIAT hinaus – Dauerstreiks in den betroffenen Werken, Solidaritätsstreiks nicht betroffener Sparten, Straßen- und Schienenblockaden durch Arbeiter und No-Globals, einem europaweiten Aktionstag aller FIAT-Ableger, Streikaktionen in der gesamten

metallverarbeitenden Industrie Italiens etc. – wächst der Druck auf die Regierung, ein Verhandlungsergebnis mit der Konzernspitze herbeizuführen. Berlusconi gerät von allen Seiten in die Schusslinie: Forderungen nach staatlicher Intervention – Nationalisierung der Automobilproduktion (besser des gesamten FIAT-Konzerns) also – werden über die Reihen der radikalen Linken hinaus immer vehementer.

Die mit dem „Pakt für Italien“ im letzten Sommer mit den beiden gemäßigeren Gewerkschaften CISL und UIL erzielte Spaltung der Gewerkschaftsbewegung droht unter dem Druck der Basis zugunsten eines einheitlichen Vorgehens mit der reformistischen CGIL rückgängig gemacht zu werden. Mit dem Haushaltsgesetz ist eine drastische Mittelkürzung für den öffentlichen Dienst mit ca. 70.000 Entlassungen bei gleichzeitiger Verschlechterung und Verteuerung der Dienstleistungen vorgesehen, was der Regierung permanente Protestaktionen im Gesundheitswesen, Bildungssektor, Öffentlichem Verkehrswesen etc. besichert.

Allein in Rom gingen Anfang Dezember dafür 50.000 auf die Straße. Die geplante Mittelkürzung für die Entwicklung Süditaliens (des mezzogiorno) um 10% veranlasste am 30.11.02 250.000 Menschen, einem Demonstrationsaufzug der CGIL in Neapel zu folgen; die Repressionsmaßnahmen gegen die Globalisierungsgegner und die Vertuschungsmanöver bezüglich der Ereignisse von Genua (Juli 2001) und die Verstrickungen der

Polizei als eingeschleuste Provokateure führen zu fortgesetzten Massenprotesten.

Am bedrohlichsten für die Regierung – wie auch für die um Mäßigung bemühte und um ihre staatstragende Rolle besorgte Opposition um den Ulivo (das „Mitte-Links“-Bündnis ‚Olivengrün‘) – ist jedoch, dass sich all diese Proteste miteinander verzahnen, dass also „disobedienti“ (die „Ungehorsamen“) aus der No-Global-Bewegung Straßenblockaden mit den FIAT-ArbeiterInnen von Termini Imerese auf Sizilien errichten, dass FIAT-Vertreter auf den Foren des ESF in Florenz für ihr Anliegen werben, dass ATTAC den Kampf der FIAT-Arbeiter zum ureigenen Anliegen erklärt und die Frauenkoordination der Arbeiter von FIAT-Sizilien sich solidarisch mit den Verhafteten des „rete ribelle del sud“ erklärt, dass SchülerInnen und StudentInnen auf Aufruf ihrer Koordinationskomitees sich an den Streiks in Mailand und Turin beteiligen usw.

**TEILE UND HERRSCHE**

Unter diesem Druck greift Berlusconi auf das bekannte Mittel des Teilens und Herrschens zurück und erreicht, dass die Konzern-Leitung einige wenige Zugeständnisse an die Streikenden gewährt, die darauf hinauslaufen, dass der Abbau von Arbeitsplätzen gleichmäßiger auf die bestehenden Standorte (Melfi ausgenommen) verteilt wird, sodass z.B. der Standort Termini Imerese nicht komplett geschlossen wird. Die Standorte sollen damit gegeneinander ausgespielt werden.

Im Gegenzug aber sollen sich die Gewerkschaften zu Zugeständnissen hin-

sichtlich Lohn und Arbeitszeit bereit finden, die auf eine Standardisierung der bei Melfi gängigen Ausbeutungsmaßnahmen abzielen. Parallel wird die schon vor 30 Jahren als Strategie der Spannung erfolgreiche Kriminalisierung der außerparlamentarischen Opposition angestrebt, indem (versuchte) Bombenanschläge in Genua inszeniert werden.

Mit R. Colaninno wird der Öffentlichkeit ein „Retter der italienischen Automobilproduktion“ präsentiert – ein Neoliberaler reinsten Wassers, der seine Empfehlungen und sein Vermögen bei der Abwicklung von Telecom und Olivetti erworben hat. Mit dieser Variante gelingt es Berlusconi, die gewerkschaftliche Allianz aufzubrechen und Signale der Gesprächsbereitschaft zu erhalten.

Die Hauptverantwortung lastet jetzt auf der CGIL, die meist spontanen Proteste landesweit zu vereinheitlichen und in die Offensive zu gelangen. Sie schwankt hierbei zwischen Wortradikalität und der nie völlig aufgegebenen Praxis der konzentrierten Aktion, wie kürzliche Abkommen in der Glas- und Keramikindustrie oder im Gesundheitswesen in der Lombardei zeigen.

An ihr – und auch an den unabhängigen Gewerkschaften (v.a. den Cobas) – liegt es, den Kampf für Arbeitsplätze mit dem Kampf gegen die Prekarisierung der Arbeit, wie im FIAT-Abkommen vorgesehen, zu verbinden und die drohende Spaltung abzuwehren. Der erste Schritt besteht in der Durchführung des für den 21. Februar geplanten Generalstreiks aller Industrie- und Handwerksbetriebe, wobei es gilt, aus der Abwehr in die Offensive zu gelangen und Perspektiven – nämlich die Nationalisierung ohne Entschädigung (vgl. *Avanti* 11/2002) – zu

**la lotta continua**

herausgegeben vom RSB, Mannheim 2001, 18 Seiten (3,- DM) MW 16.1.03

**Inhalt:**

Zum Abkommen General Motors - FIAT (*Rocco Papandrea*)

1969-1980 Klassenkampf bei FIAT (*Diego Giachetti*)

Über die vorrevolutionäre Lage in Italien 1969 (*Franco Turigliatto*)

**Zu bestellen über:**  
RSB Oberhausen  
c/o A. Walthers, Elsa-Brändström-Strasse 66,  
46045 Oberhausen  
Bitte Gesamtbetrag (3 DM + 2 DM Porto) in  
Briefmarken beilegen.  
Weitere Informationen unter [www.rsb4.de](http://www.rsb4.de)

– Anzeige –



Mit der Allianz General Motors-Fiat drohen den Lohnabhängigen erhebliche Nachteile durch Vernichtung von Arbeitsplätzen, Ausgliederungen und Lohnsenkungen. Doch von unseren Kolleginnen und Kollegen bei Fiat in Italien, ihren Kämpfen und ihren gewerkschaftlichen und politischen Traditionen wissen wir hier wenig.

Die vorliegende Broschüre soll ein Beitrag sein, um die Verständigung mit unseren Kolleginnen und Kollegen von Fiat zu fördern. Sie informiert über die aktuelle Situation, über die kämpferische Geschichte der ArbeiterInnen bei Fiat, über ihre schwere Niederlage 1981 und über die vorrevolutionäre Lage in Italien 1969-70.

# Wang Fanxi (1907-2002)

**Am 30. Dezember 2002 starb in Leeds (England) unser chinesischer Genosse Wang Fanxi. Sein ganzes Leben widmete er der Befreiung der chinesischen Arbeiter und Bauern**

Mit 12 Jahren besuchte er in seiner Geburtsstadt Xiashi (einer Kleinstadt mit 30.000 Einwohnern, zwischen Schanghai und Hangshow gelegen) die Mittelschule. Der Protest der Pekinger StudentInnen – die Vierte-Mai-Bewegung (am 4. Mai 1919) – gegen die Versailler Friedenskonferenz wirkte sich dort nur mit Verspätung aus: Dann aber richteten die SchülerInnen einen Schülerrat ein und abonnierten Zeitungen und Zeitschriften aus Schanghai und Hangzhou. Entgegen seinen literarischen Neigungen besuchte Wang die Handelsschule in Hangshow. Dort las er neben seinem Studium des Handels (oder besser anstelle von ihm) eine Reihe Schriften von berühmten Denkern – wie John Dewey, Bertrand Russell, Henri Bergson und Rabindranath Tagore.

Bald musste er nach einem von ihm unterstützten SchülerInnenstreik die Handelsschule verlassen und konnte von 1921-25 auf die Höhere Schule gehen. Aber erst 1925, zwei Monate, bevor er als Achtzehnjähriger an der Pekinger Universität aufgenommen wurde, verließ er die "reine Literatur und Wissenschaft" und wandte sich der "schmutzigen" Politik zu, die von Chen Duxiu, Li Dazhao und anderen repräsentiert wurde: Diese hatten bereits 1921 die Kommunistische Partei Chinas gegründet, der Wang 1926, sie war damals illegal, beitrug.

In Peking, im Endstadium der chinesischen Revolution (1927) begann er sein Leben als Berufsrevolutionär – jedoch ohne Bezahlung. Die Repression wurde immer stärker, und vor allem aus dem Süden Chinas kamen Hilferufe der Partei: Zehn Genossen, darunter Wang, wurden dorthin geschickt.

## BERUFSREVOLUTIONÄR

In Wuhan herrschte über die Lage der Revolution, über das Verhältnis zwischen der Guomindang und der KPCh eine große Verwirrung. Wang wurde zum ersten Mal verhaftet und nach vierzehn Tagen, ungefähr Mitte Juli 27, wieder freigelassen. In diesen Tagen des Niedergangs der Revolution wurde ihm von der Parteiführung mitgeteilt, dass er mit einer Parteigruppe nach Moskau gehen sollte, um das Militärwesen zu studieren. Im August gelangten sie auf einen sowjeti-



schen Dampfer, fuhren nach Wladiwostok und kamen Anfang Oktober in Moskau an.

Nach 1925 wurden alle chinesischen Studenten in der Sun-Yat-sen-Universität konzentriert. Ihr Präsident war Karl Radek gewesen, der als prominenter Trotz-kist galt und 1927 im Zuge der Stalinisierung durch Pavel Mif ersetzt wurde.

Die neu ankommenden chinesischen Studenten, zuerst verwirrt durch die harten Auseinandersetzungen, mussten sich mit der Geschichte der Russischen Revolution auseinandersetzen, von der sie so gut wie nichts wussten. Aber sie orientierten sich sehr schnell, wobei ihnen auch ihre Erfahrungen in China halfen. Schon im Oktober waren sie mehr oder weniger mit dem Wesen der Kontroverse vertraut und gingen nach und nach zur Linken Opposition über. In seinen Lebenserinnerungen berichtet Wang sehr ausführlich über diese Vorgänge an der Universität, in dessen Verlauf er sich der Linken Opposition anschloss.

Im Herbst war Wang, in Zusammenarbeit mit den russischen Trotz-kisten, an der Gründung eines illegalen Zentrums zur Organisation der chinesischen trotzkistischen Studenten massgeblich beteiligt. Im Sommer 1929 gelingt es Wang, obwohl es damals für "verdächtige" GenossInnen schon sehr schwierig war, nach China zurückzukehren. Sie waren zusammen 18 Personen, darunter fünf verheiratete Paare (Wang hatte kurz zuvor in Moskau geheiratet). Nach ihrem bereits in

Moskau gefassten Beschluss meldeten sich auch die trotzkistischen Parteimitglieder beim Zentralkomitee der KPJ zurück und wurden in einem Kurs für die Untergrundarbeit vorbereitet.

Im Gegensatz zu der Lage beim Verlassen Chinas kam jetzt unter dem Terror Chiang Kai Sheks nur eine illegale Arbeit in Frage. Unter Anlehnung an Stalins Theorie der "Dritten-Periode", die den kommenden revolutionären Aufschwung weltweit verkündete, wurde den chinesischen GenossInnen die Aufgabe eines chinaweiten Aufstands gestellt, der, in völliger Verkenning des unzweifelhaften Niedergangs der chinesischen Revolution, zu einer katastrophalen Niederlage führte.

## DIE DREISSIGER JAHRE

Nach dem Ausschluss 1930 aus Partei und Parteiarbeit versuchte Wang, sich durch Übersetzungen zu ernähren. Zusammen mit den aus der Partei ausgeschlossenen Trotz-kistInnen gab es seit dem Sommer 1930 vier einander feindlich gegenüberstehende trotzkistische Gruppen: Dazu gehörten weiterhin diejenigen, die sich von vornherein geweigert hatten, nach der Rückkehr aus Moskau in der KPCh zu arbeiten, die Gruppe um Chen Duxiu und eine, die sich von dieser abgespalten hatte.

Wang schreibt: "Im Rückblick scheint es mir, dass der ‚Kampf‘ zwischen diesen vier Gruppen über geringfügige und unwesentliche Fragen mit übertriebener Heftigkeit geführt wurde... Persönlicher Ehrgeiz und fraktionelle Vorurteile gerieten mit echten Meinungsverschiedenheiten durcheinander, und die besten und die schlechtesten Motive sind oft unauflösbar vermischt..."

In diese Situation mischte sich Trotzki durch seinen Brief vom 8. Januar 1931 ein, und schlug vor, sofort die Kräfte zu vereinigen. Auf der Vereinigungskonferenz vom 1. Mai 1931 wurde dann, unter sehr aktiver Beteiligung von Wang, ein positives Ergebnis erreicht. Er wurde auch in das siebenköpfige Führungsgremium gewählt und ihm wurde die Verantwortung für das theoretische Organ übergeben.

Von einem Überläufer verraten wurde weniger als ein Monat nach der Vereinigung das Führungsgremium, zusammen mit anderen Oppositionellen und weiteren Parteimitgliedern verhaftet. Die Fahndung galt eigentlich Chen Duxiu, dem es jedoch gelang, zu entkommen. Die Oppositionellen wurden im Herbst 1931 vor Gericht gestellt. Wang wurde zu sechs Jahre Gefängnis verurteilt. Die Behandlung in den verschiedenen Gefängnissen war sehr unterschiedlich. Wang hatte das Glück, in den schlimmsten nur kürzere Zeit zu sein. Gegen Ende 1934 – inzwischen hatte der Einfall Japans in China begonnen – wurde Wang auf Bewährung entlassen.

**ERNEUT VERHAFTET**

Nach einer notwendigen Erholungs-pause kehrte Wang im Sommer 1935 nach Schanghai zurück. Nach vielen Bemühungen gelang es schließlich, ein provisorisches Zentralkomitee, das nach Wangs Worten “ausdauerndste und produktivste aller unserer Gremien” zu bilden. Es brachte zwischen dem Frühjahr 1936 und Ende 1942 ein politisches Monatsorgan “Der Kampf” (Douzheng) – mit maßgeblicher Beteiligung Wangs – und ein theoretisches Organ “Funke” (Huohua) heraus. Zu den weiteren Aufgaben Wangs gehörte auch die erneute Organisierung der Bewegung in Gebieten, wo die Verbindung während der langen Gefängniszeit der Führung abgerissen war.

Erneut wird Wang verhaftet: Er landet diesmal in den Gefängnissen, wo man ihn mit den neuen Stalin’schen Methoden folterte und mit allen Mitteln versuchte, ihm Geständnisse und die Erklärung seiner Unterstützung der Guomindang zu entreißen. Doch die Japaner näherten sich schnell, und im November 1937 wurde er in zerlumpter Kleidung, ohne einen Pfennig entlassen.

Es gelingt ihm, sich nach Wuhan durchzuschlagen. Zwei Wochen verbringt er im Hause Chen Duxius. Als er im Februar 1938 nach Schanghai kommt, ist er noch immer ohne jede Mittel. Er beginnt damit, seinen Lebensunterhalt durch Übersetzungen zu fristen, während er gleichzeitig neben der Arbeit in der Organisation sich darum bemühte, so viel wie möglich von Trotzki’s Schriften ins Chinesische zu übersetzen. Nach der Kapitulation der Japaner im August 1945 entfaltete die Bevölkerung der besetzten Gebiete eine fieberhafte Aktivität. Jedoch die siegreiche Guomindang machte ihre Hoffnun-

gen schnell zunichte. Hätte die trotzki-sche Organisation genügend Kader und eine revolutionäre Führung besessen, so hätte sie – die KPCh war in den Städten kaum vorhanden – dort eine große Rolle spielen können.

Aber die im übrigen wieder gespalte-ne Organisation war dazu nicht in der Lage. Die GenossInnen um Wang beschlossen im Jahre 1949, die Partei in eine Vielfalt für sich allein arbeitender Einheiten aufzulösen, und ein Koordinie-rungszentrum, mit Wang als zentralem Koordinator außerhalb der Reichweite der KPCh zu errichten. Dafür wurde zuerst Hongkong, dann vom Ende No- vember 1949 an die damalige portugiesi-sche Kolonie Macao ausersehen.

Seine GenossInnen in China konnten unter Mao noch bis zum Jahre 1952 arbeiten: In der Nacht des 25. Dezember jedoch wurden über 200 TrotzkiInnen verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Damit hörte auch Wangs politische Akti-vität praktisch auf. Nach vielen Bemü-hungen gelang es Wang, mit Hilfe von

Freunden nach Leeds (England) zu kom-men. Während seines Lebens in Macao veröffentlichte er viele Schriften, auch ein Buch über Mao Tse-tungs Denken.

Im Jahre 1979 wurden Zheng Chaolin und elf weitere alte Freunde (nach sieben- undzwanzig Jahren) aus dem Gefängnis entlassen.

1980 wurde bei den Vorbereitungen der deutschen Trotzki-Schriften Bd. 2.1 und 2.2 “Über China” ein Verfasser für die Einleitung gesucht. Pierre Frank emp-fahl mir Wang Fanxi, wir begannen einen kontinuierlichen Briefwechsel und haben sehr gut (ich besuchte Wang mehrfach in Leeds) zusammengearbeitet.

Etwas später stellte sich die Frage, ob der isp-Verlag die Erinnerungen Wangs (1957 abgeschlossen) in einer deutschen Ausgabe herausbringen könnte. Ich über-nahm die Übersetzung, und 1983 ist das Buch dann erschienen. Auch danach ha-ben wir unseren Briefwechsel aufrechter-halten, Wangs letzter Brief ist vom Febru-ar 2002.

**SONDERANGEBOT AUS ANLASS DES TODES VON WANG FANXI**

Der *Neue Isp-Verlag* bietet die beiden folgenden Bücher zu Sonderpreisen an:

- Wang Fanxi: Erinnerungen eines chinesischen Revolutionärs 1919-1949. (isp-Verlag 1983), ehemals 25 DM, heute für 10 €
- Zheng Chaolin: Erinnerungen. (isp-Verlag 1991), ehemals 48 DM, heute für 10 €

Beide Bücher im Paket zum Sonderpreis von 15 € Paketpreis für die gebundene Ausgabe: 20 € Der Betrag ist per Vorkasse zu zahlen auf das Konto Nr. 22 42 40-507, bei der Postbank Köln, BLZ 370 100 50

Bestellung bitte an: Neuer ISP-Verlag GmbH  
Büro Karlsruhe  
Marienstr. 15

F a x :  
31250

0721-



Nach dem Tode von Zheng Chaolin (1998) hat uns mit Wang sicher einer der

**Blowback:**

## EINE NATION ERNTET, WAS SIE GESÄT HAT

**Zu Tariq Alis neuem Buch ‚Fundamentalismus im Kampf um die Weltordnung – die Krisenherde unserer Zeit und ihre historischen Wurzeln‘**

Auch wer Tariq Ali weder als politischen Menschen noch als Romanautor (z.B. des historischen Romans ‚Im Schatten des Granatapfelbaumes‘) kennt, wird sich vielleicht an folgende Medienachricht vom Oktober 2001 erinnern: In München wurde er von der deutschen Polizei aus dem Flugzeug geholt, weil er mit dem Lesen des Buches von Karl Marx ‚Über den Selbstmord‘ sich für diese Schergen verdächtigt gemacht hatte, mit dem Terrorismus zu sympathisieren. Seinen Verdacht erläuterte der dienstbeflissene Beamte mit der Aussage: ‚So ein Buch liest man doch nicht, schon gar nicht zu dieser Zeit!‘

Nun hat er selbst ‚zu dieser Zeit‘ ein Buch geschrieben, das sich mit den Konflikten des Fundamentalismus in den Kreuzzügen, Dschihad und in der Moderne beschäftigt.

Das obige Zitat (‚Blowback...‘) aus dem Buch stammt vom US-amerikanischen Historiker Chalmer Johnson, der, wie viele seiner Landsleute, die komplexe und komplizierte Welt anders beurteilt als der einfältige US-Präsident (und leider nicht wenige seiner Landsleute...).

### HISTORISCHER HINTERGRUND

Das Buch ist ein Geschichtsbuch, verbunden mit Geschichten, die das Anliegen des Autors deutlich machen und die ihn als politisch versierten Menschen erkennen lassen. Gewissermaßen kommt hier der Schriftsteller durch, mit dem Blick für passende und illustrierende Details.

Mehr als drei Viertel des Buches sind der Historie islamischer Staaten einschließlich dem Entstehen des Islam gewidmet. Für Neulinge in der Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus bildet dieser Teil eine unerlässliche Quelle historischen Wissens. Seine zeitliche und geographische Aufteilung dient dem gelungenen Versuch der Verdeutlichung und besseren Veranschaulichung; die historischen Querverbindungen werden aber dennoch hergestellt: So ist z.B. der Abriss über den Kaschmir Teil dessen, was über Afgha-



nen Kapitel zuwenden. Denn hier wird die Gegenwart erhellt: Beginnend mit der Geschichte des US-Imperialismus wird die ‚Septemberüberraschung‘ analysiert. Dieser letzte Buchteil endet mit einem – fiktiven – ‚Brief an einen jungen Muslim‘.

### US-IMPERIALISMUS HEUTE

Tariq Ali zeigt das Problem des entwickelten US-Imperialismus nach dem ‚Triumph des Kapitalismus‘ über den Kommunismus auf. Das Verschwinden des Feindes schien nun eine konfliktfreie Welt zur Folge zu haben. In dem Dreigestirn der USA, bestehend aus Politik, Wirtschaft und Militär, war daher der militärisch-industrielle Komplex hinsichtlich seiner Existenzberechtigung in Frage gestellt. Es wurde ja schließlich vom ‚Ende der Geschichte‘ gesprochen, was als Ende der ideologischen Evolution gemeint war.

Ein neuer Feind musste und konnte nun ausgemacht werden: Während die einfach strukturierten Politiker von der ‚Achse des Bösen‘ (mit religiösem Touch!) sprachen, philosophierte der ehemalige Experte für Aufstandsbekämpfung in Vietnam Samuel Huntington über den ‚Kampf der Zivilisationen‘: Diese Zivilisationen stehen – jede für sich – für ein bestimmtes Wertesystem, das durch die Religion (!) veranschaulicht wird, ‚vielleicht die zentrale Kraft, die die

nistan, Pakistan und Indien dargestellt wird.

Man könnte gewiss diesen Großteil des Buches übergehen und sich gleich dem letzten, durch die vorangegangenen Darstellungen gut vorbereiteten

Menschen motiviert und mobilisiert“ (Zitat nach Huntington). Der Westen (sprich: die USA) müsse den Bedrohungen seitens rivalisierender Zivilisationen militärische Macht entgegen setzen.

Auf dieser ideologischen Grundlage betrachten die USA die Welt, die nun wieder ‚in Ordnung‘ ist. Als einzig verbliebene Supermacht der Welt sieht sie für sich eine vollkommene Wahlfreiheit der Politik, die auch den Krieg (als Fortsetzung dieser mit anderen Mitteln) einschließt.

### BLOWBACK

Die Aufbereitung der Anschläge vom 11.9.01 „als Wendepunkt der Weltgeschichte“ beurteilt Tariq Ali als Propaganda. Gewiss, für die US-amerikanischen Bürger bringt dieses Ereignis die Erfahrung, dass ihr Festland „kein unantastbares Heiligtum“ ist. Der verursachte Schock brachte den führenden Chauvinisten des Landes spontan relativ viel Zustimmung für ihren „Krieg gegen den Terror“.

Menschen wie der oben zitierte C. Johnson hatten ihre Landsleute vor einem ‚Blowback‘ gewarnt, mit ‚Terrorangriffen gegen Amerikaner‘. Diese Warnungen prallten an einer Nation ab, die in ihrer Geschichte schon immer ‚god on our side‘ (R. Zimmermann) beanspruchte und deren Selbstgerechtigkeit die Augen vor dem Leid der Menschen verschloss, die die US-Armee diesen zufügte.

Einen fundamentalen Wandel in der Weltpolitik vermag Tariq Ali nicht auszumachen. Weder die Selbstgebärdung der USA als Imperialmacht noch ihre Interessenpolitik auf der Grundlage der stärksten Armee der Welt sind grundsätzlich neu, schon gar nicht seit dem Ende der ‚Bipolarität‘ der Welt.

Die angebliche Neuigkeit ist eher durch das geweckte Interesse an den wirkenden Konfliktparteien und –orten verursacht. Informationen hierüber sind nun stark gefragt. Tariq Alis Buch trägt ganz zweifellos Erhellendes bei.

Walter Wiese

## Diskussionen vor dem Weltkongress

# EINE NEUE WELTLAGE

**In Süddeutschland tagte am 18./19. Januar unsere Delegierten- Konferenz zur Vorbereitung des 15. Weltkongresses der IV. Internationale.**

Erfreulicherweise konnte ein Teil gemeinsam mit unseren GenossInnen der *internationalen sozialistischen linken (isl)* - der ehemaligen VSP - stattfinden. Gäste aus England, Luxemburg und der Schweiz sorgten für eine internationale Beteiligung.

Der Weltkongress, das bedeutendste Organ der IV. Internationale, wird von den Sektionen auf nationaler und der internationalen Leitung auf globaler Ebene demokratisch vorbereitet. Er ist Ausdruck unseres Selbstverständnisses, dass die revolutionären SozialistInnen *gleichzeitig* ihre Organisationen auf nationaler und auf internationaler Ebene aufbauen müssen.

Seit April 2001 sind vier Ausgaben des *Internationalen Internen Diskussionsbulletins* (IIDB) in deutscher Sprache erschienen. Verschiedene Texte sind

zudem in *Inprekorr* veröffentlicht worden. Die vorbereitende Diskussion des RSB über die Hauptthemen des Weltkongresses - Weltlage, Funktion und Aufgaben der "Vierten", Statuten, Ökologie, Kampf gegen die Unterdrückung nicht-heterosexueller Lebensformen - erstreckte sich also auf einen etwa 18 Monate dauernden Zeitraum.

Auf unserer Januarkonferenz standen die Debatten über die "neue Weltlage", über unser Selbstverständnis, unsere politischen und organisatorischen Aufgaben sowie eine von der Mehrheit der internationalen Leitung angestrebte Statutenänderung im Mittelpunkt. In einer meist sachlich geführten Debatte zeigten sich neben vielen Gemeinsamkeiten mit den anwesenden Mitgliedern der isl unterschiedliche Einschätzungen vor allem bei folgenden Fragen: Wie sind die "tradi-

tionellen" Massenströmungen der Arbeiter-Innenbewegung - (Post-) Sozialdemokratismus, (Post-) Stalinismus - einzuschätzen? Welche Bilanz müssen wir aus den organisatorischen "Umgruppierungen" der Linken in den 80er und 90er Jahren ziehen? Und damit verbunden: Brauchen wir ein neues organisatorisches Selbstverständnis und demzufolge neue Statuten?

Sowohl GenossInnen der isl als auch des RSB bilanzierten den gemeinsamen Teil der Konferenz als positiven Schritt. Offen ist allerdings nach wie vor die Frage der deutschen Sektion der "Vierten".

Wir sind jedenfalls gespannt, ob wir nach dem Weltkongress nicht nur von einer organisatorischen, sondern auch von einer politischen Stärkung der Internationale werden berichten können.

Heinrich Neuhaus

### Osterseminar des RSB:

## EINE BESSERE WELT IST MÖGLICH!

"Eine bessere Welt ist möglich. Unsere Alternativen zu Kapitalismus, Patriarchat und Ausgrenzung" - so lautet das Thema unseres diesjährigen Osterseminars. Vom 14.-19. April, wie immer in Amsterdam.

Warum ist das bedeutendste revolutionäre Experiment des 20. Jahrhunderts - die russische Oktoberrevolution - ge-

scheitert? Warum wäre eine sozialistische Planwirtschaft im Unterschied zur stalinistischen Kommandowirtschaft der kapitalistischen Profitwirtschaft überlegen? Warum treten wir für eine direkte Demokratie ein, hier und anderswo? Ist die Befreiung der Frauen ohne Sozialismus möglich, ist der Sozialismus ohne Befreiung der Frauen möglich? Welches Verhältnis haben Revolution und Kultur?

Auf diese und viele andere Fragen wollen wir gemeinsam versuchen, Antworten zu finden.

Außerdem im Programm: Filme, Stadtbummel, Sport, Fete...

**Interesse? Nähere Infos und Anmeldung über das Büro des RSB (Tel/Fax: 0621/1564046, Mail: buero@rsb4.de, Internet: www.rsb4.de)**

# INREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

Russland und der globale amerikanische Krieg



China Italien Palästina Argentinien Puerto Rico Schweden Ökologie Peru Venezuela

Nr. 374/375 Januar/Februar 2003 € 4

**INPREKORR - die marxistische Monatszeitschrift mit Berichten von politisch Aktiven aus der ganzen Welt**

**Inhalt der Inprekorr Nr. 374/375**

**(Jan-Feb 2003):**

- **Debatte: Scheitert der Marxismus an der Erklärung von Auschwitz?**
- **Palästina: Interview mit G. Achcar**
- **Buchbesprechung Hardt/Negri: Empire**
- \* **China, Italien, Argentinien, Peru...**

**Doppelheft: 4 EUR | Jahresabo: 26 EUR | ermäßigtes Abo: 15 EUR**  
Bestellung bei: Neuer Kurs GmbH, Dasselstr. 75-77, D-50674 Köln oder in linken Buchhandlungen

**Die Inprekorr wird herausgegeben vom Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale**

# GEGEN DAS TREFFEN DER WELTKRIEGSELITE: Internationale Antikriegsdemo: Am 8. 2. in München

**Der Antikriegskongress am 10. – 12. Januar gegen die NATO-Sicherheitskonferenz war ein voller Erfolg. Am 8. Februar beginnt die internationale Gegendemo um 12 Uhr auf dem Marienplatz. Sie wird auch die erste bundesweite Antikriegsdemonstration sein.**

Auf dem dreitägigen Kongress trafen sich einige hundert Linke der verschiedensten Strömungen, Flüchtlinge und GewerkschafterInnen und setzten sich inhaltlich mit der Kriegspolitik der NATO-Staaten, der Militarisierung, der Verbindung zwischen Patriarchat und Militär sowie dem Nahen Osten auseinander. Von den meisten TeilnehmerInnen wurde der Kongress mit zahlreichen GastreferentInnen als sehr gut eingeschätzt. Besonders positiv war die Teilnahme von Flüchtlingen der Gruppe *The voice*, die aus Jena angereist waren. Sie betonten noch einmal den wichtigen Zusammenhang zwischen Krieg, Flucht und der Festung Europa und zeigten mit ihrer Anwesenheit, wie wichtig Solidarität mit politisch aktiven Flüchtlingen ist. Interessant war das Forum zum Nahen

Osten, welches trotz der Brisanz, mit welcher dieses Thema sonst diskutiert wird, ruhig ablief. ReferentInnen waren u.a. zwei Frauen, die in Palästina in der Westbank und in Israel mit der Friedensbewegung gearbeitet haben. Sehr gut war auch das Forum zum Umgang der Medien mit dem Krieg, hier trugen JournalistInnen und FotografInnen ihre Erfahrungen vor.

Die Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz werden dieses Jahr wohl nicht verboten werden. Dies ist sicherlich ein Erfolg der zahlreichen Teilnahme an der nicht genehmigten Demo letztes Jahr. Und auch die Kirchen, die 2002 noch alle Schlafmöglichkeiten mit dem Verweis auf die anreisende GewalttäterInnen verweigerten, wollen in die-

sem Jahr genügend Räume für TeilnehmerInnen zur Verfügung zu stellen.

Bei all dieser Einigkeit musste zunächst auch der Oberbürgermeister Ude mitziehen. Er kündigte an, selbst gegen den Irakkrieg zu demonstrieren. Ob vor oder nach dem Sektempfang mit der Weltkriegselite, hat er nicht gesagt. Aber er hat glücklicherweise betont, sich nicht den Bündnisdemos anschließen zu wollen, da dort "ausgerechnet die Bundesregierung verleumdet wird, die am konsequentesten von allen europäischen Regierungen gegen den Krieg eintritt" (SZ 16.1.). Kein Kommentar! Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schlösser (und SPD-MdB) organisierte dann auch eine Spalterdemo. Trotzdem riefen Ver.di und GEW zur Demonstration des Antikriegsbündnisses auf.

**INFOS: [WWW.NO-NATO.DE](http://WWW.NO-NATO.DE)**

*Trixi Blixer*

# Gegen Ihren Krieg: Am 15.2. in Berlin!

Wir demonstrieren an diesem Tag in den Hauptstädten unseres Kontinents für den Aufbau einer anderen Welt:

„Eine Welt der Gleichheit, sozialer Rechte und Achtung der Verschiedenheiten;

eine Welt, in der das Recht auf Bildung, einen anständigen Arbeitsplatz, Gesundheitsversorgung und Wohnung für alle gilt; in der Armut, Sexismus, Frauenunterdrückung und Rassismus keinen Platz haben.

Eine Welt, in der Menschen vor Profit gehen. Eine Welt ohne Kriege.“

(Aus der Abschlusserklärung des Europäischen Sozialforums, Florenz, 9. November 2002)

Die Berlinerinnen und Berliner und die gesamte deutsche Friedensbewegung haben mehrmals gezeigt, wozu sie in der Lage sind: Beim BRD-Besuch von US-Präsident Bush letztes Jahr demonstrier-

ten an drei Tagen Hunderttausende gegen die amerikanische Kriegspolitik. Auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 12. Januar demonstrierten 15.000 Kommunistinnen und Kommunisten auch gegen den imperialistischen Krieg.

Auf dem europäischen Sozialforum (ESF) in Florenz im November (*Avanti* berichtete) wurde beschlossen, am 15. Februar in allen Hauptstädten zu Massendemonstrationen gegen den drohenden Angriff auf den Irak zu mobilisieren. Bis Ende Januar sind Demonstrationen in mindestens 25 Ländern bekannt, von Washington bis Sofia von Paris bis Ljubljana. Die zentrale Demonstration in der BRD wird in Berlin stattfinden.

Am Tag der Demonstration sollen sich um 12.00 Uhr zwei Demonstrationzüge in Bewegung setzen, einer vom Breitscheidplatz (nahe Bahnhof Zoo) und einer vom Alexanderplatz, wo sich auch der RSB treffen wird. Die Züge enden

beide am Brandenburger Tor, wo es von 14.00 Uhr an eine Abschlusskundgebung geben soll.

Ob mit oder ohne direkter BRD-Beteiligung oder UNO-Mandat: Wir zeigen unsere Ablehnung eines Krieg für die Profite der Öl- und Rüstungskonzerne. Gerhard Schröder hatte keine Schwierigkeiten, deutsche Bomber nach Jugoslawien, deutsche Kriegsschiffe in den indischen Ozean und deutsche Elitetruppen nach Afghanistan zu schicken. Er hat nun am 21. Januar angekündigt, diesmal keine Soldaten zu schicken. Das liegt nicht nur an der Friedensbewegung, sondern vor allem an den Interessen der deutschen Konzerne im Irak, die diesmal eben andere sind als die der amerikanischen Multis. Aber unsere Bewegung gegen ihren Krieg hat es in der Hand, die Kriegsfähigkeit der BRD durch massive Proteste auch zukünftig einzuschränken.

*Jakob Erpel*